

Geschäftsbericht

20003

Beteiligungs- und Privatisierungsmanagement im Auftrag Österreichs

Die österreichische Industrieholding AG ist die Beteiligungs- und Privatisierungsagentur der Republik Österreich.

Im Einklang mit ihrem Regierungsauftrag setzt die ÖIAG dabei auf eine Doppelstrategie: sie forciert einerseits die Wertsteigerung der ihr anvertrauten Beteiligungen und prüft andererseits laufend Exit-Szenarien mit dem Ziel der Teil- oder Vollprivatisierung jener Unternehmen, für die ein Privatisierungsauftrag besteht.

Beide Strategien werden parallel umgesetzt, um größtmögliche Unabhängigkeit und entsprechende Privatisierungserfolge zu sichern. Erfolgskriterium der Privatisierung ist dabei neben der Erlösmaximierung vor allem das Ziel der Arbeitsplatzsicherung.

Die ÖIAG versteht sich heute als industrienah und politikfern agierende Holding. Ihr Portfolio umfasst derzeit neun Unternehmen bzw. Unternehmensgruppen.

Inhalt

Die ÖIAG

- 03 Schwerpunkte 2003
- 04 Positive Leistungsbilanz 2003
- 09 Die Transaktionen des Jahres 2003 im Detail
- 11 Organe

Die Beteiligungen

- 15 Das Portfolio im Überblick
- 16 Austrian Airlines AG
- 18 OMV AG
- 20 Telekom Austria AG
- 22 voestalpine AG
- 24 VA Technologie AG
- 26 ÖIAG-Bergbauholding AG
- 28 Österreichische Post AG

Das Jahr 2003

- 33 Lagebericht
- 36 Jahresabschluss
- 42 Anhang
- 50 Bestätigungsbericht
- 51 Bericht des Aufsichtsrats

Privatisierungsauftrag & ÖIAG-Gesetz

- 55 Der aktuelle Privatisierungsauftrag
- 57 Das ÖIAG-Gesetz 2000

Die Beteiligungen 2003¹

	Umsatz	EBIT	Ergebnis vor Steuern	Dividende pro Aktie	Dividende	Mitarbeiterstand
	EUR Mio	EUR Mio	EUR Mio	EUR	EUR Mio	Durchschnitt
Austrian Airlines ²	2.040,1	63,3	25,7	–	–	7.167
OMV ²	7.644,4	643,6	596,5	4,0	107,5	6.091
Telekom Austria ²	3.969,8	369,8	232,6	0,13	65,0	14.657
voestalpine ²	3.401,5	196,3	171,6	– ³	– ³	23.489
VA TECH ²	3.923,3	101,1	–19,4	–	–	17.478 ⁴
ÖIAG-Bergbauholding	65,3	10,5	16,2	– ⁵	9,0	390
Österreichische Post	1.644,6	15,7	28,5	– ⁵	36,0	27.713

¹ voestalpine AG: 1. – 3. Quartal des Geschäftsjahres 2003/2004 (1. April 2003 – 31. Dezember 2003)

² Börsennotiert

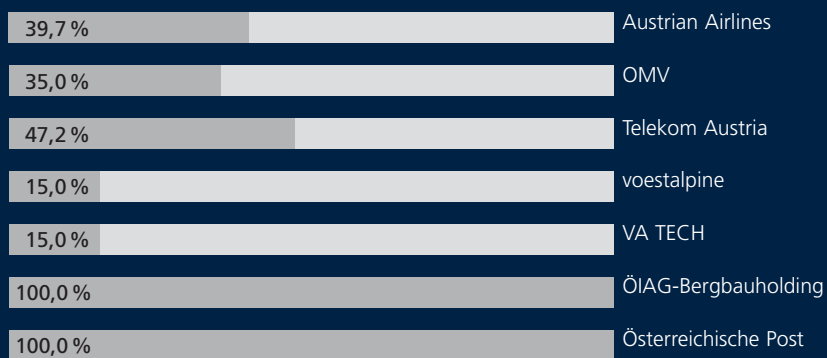
³ Wird unterjährig nicht ausgewiesen

⁴ Anzahl per 31. Dezember 2003

⁵ Angabe bei nicht börsennotierten Gesellschaften nicht sinnvoll



Österreichische Industrieholding AG



ÖIAG

Geschäftsbericht 2003

Schwerpunkte 2003

Jänner	
Februar	
März	
April	Nachbesetzung des Vorstands bei der ÖIAG-Bergbauholding AG
Mai	
Juni	
Juli	Abgabe von 9 % der Aktien der VA Technologie AG über die Börse; der ÖIAG-Anteil reduziert sich damit auf 15 %
August	Erfolgreiche Platzierung einer Umtauschanleihe auf 5 % der Aktien der Telekom Austria AG
September	Nach Einholung der kartellrechtlichen Genehmigung erfolgt das Closing für die Abgabe von 100 % der Aktien der Postbus AG an die ÖBB Verkauf von 19,7 % der Aktien der voestalpine AG über die Börse
Oktober	Emission einer Umtauschanleihe auf die restlichen 15 % der voestalpine-Aktien
November	Privatisierung des ÖIAG-Anteils von 25 % an der BÖHLER-UDDEHOLM AG über die Börse
Dezember	

- Implementierung des Berichtswesens der Österreichischen Post AG auf Basis einer Spartenorganisation
- Weitgehende Umsetzung des Corporate Governance Kodex im ÖIAG-Portfolio
- Weiterführung des Wertsteigerungskonzepts auf Basis des Economic Value Added (EVA) in Zusammenarbeit mit Stern Stewart

- Aufteilung der Aufsichtsratsmandate per Ende März 2004

Dr. Michaelis

Vorsitzender: Telekom Austria, Österreichische Post, VA TECH

Stellvertretender Vorsitzender: OMV

Mitglied: voestalpine

Dipl.-Ing. Wieltsch

Vorsitzender: Austrian Airlines, OMV, ÖIAG-Bergbauholding

Stellvertretender Vorsitzender: voestalpine, Österreichische Post

Mitglied: Telekom Austria, VA TECH

Positive Leistungsbilanz 2003



Dr. Peter Michaelis

Dipl.-Ing. Rainer WIELTSCH

Interview mit den beiden ÖIAG-Vorständen Dr. Peter Michaelis und Dipl.-Ing. Rainer WIELTSCH

»Das Jahr 2003 hat der ÖIAG im Gefolge der Bildung einer neuen Bundesregierung auch einen neuen Privatisierungsauftrag gebracht. Wie waren die Fortschritte bei der Umsetzung der neuen Vorgaben?«

Dr. Peter Michaelis:

»Die Leistungsbilanz der ÖIAG für 2003 sieht in der Tat sehr positiv aus. Doch lassen Sie uns zunächst die Inhalte des neuen Regierungsauftrags rekapitulieren: Bei den Unternehmen aus dem Umfeld des ehemaligen Voest-Konzerns – voestalpine, BÖHLER-UDDEHOLM, VA TECH und ÖBAG – ist eine Privatisierung zu 100 % vorgesehen. Von den Gesellschaften der ehemaligen PTBG soll die Postbus AG laut Regierungsauftrag zu 100 % und die Telekom zu bis zu 100 % privatisiert werden. Für die Post AG hingegen sollen in einem ersten Schritt strategische Partner gesucht werden. Und in jenem Bereich, den man als „Infrastruktur“ bezeichnen könnte, also AUA und OMV, ist keine Privatisierung vorgesehen.

Die Rahmenbedingungen sind dabei klar abgesteckt: Bei den Privatisierungen ist darauf zu achten, dass die Entscheidungszentralen der betroffenen Unternehmen sowie die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in Österreich verbleiben, dass die bestehenden Arbeitsplätze im

höchst möglichen Ausmaß gesichert werden und dass nach Möglichkeit auch die Interessen des österreichischen Kapitalmarkts berücksichtigt werden. Dabei haben wir drei Hauptforderungen zu erfüllen: Laufende Wertsteigerung unseres Beteiligungsportfolios, Erlösmaximierung bei der Abgabe von Anteilen und laufender Abbau der Verbindlichkeiten der ÖIAG.«

Dipl.-Ing. Rainer WIELTSCH:

»Auch für die Zukunft wird im Regierungsauftrag übrigens eine Vision ausgesprochen: Nachdem die ÖIAG die ihr übertragenen Privatisierungen erfüllt haben wird, denkt die Regierung daran, das in der ÖIAG bestehende Wissen und Know-how für eine neue Beteiligungsmanagement-Gesellschaft zu nutzen. Diesen Ansatz betrachten wir angesichts des umfassenden Erfahrungsschatzes in unserem Unternehmen als sehr sinnvoll und sind auch schon dabei, im Einvernehmen mit unserem Eigentümer erste strukturelle Überlegungen dazu anzustellen.«

»Welche Privatisierungsprojekte wurden im Jahr 2003 konkret umgesetzt?«

Dr. Peter Michaelis:

»Wir haben im Jahr 2003 bei insgesamt fünf Unternehmen Privatisierungsschritte durchgeführt:

Bei der VA TECH haben wir unseren Anteil durch Abgabe von 9 % der Aktien über die Börse auf 15 % reduziert und dafür insgesamt EUR 33,3 Mio erlöst. Zur Gänze abgegeben haben wir – ebenfalls über die Börse – unseren 25 %-Anteil an BÖHLER-UDDEHOLM. Der Erlös dafür betrug EUR 133,4 Mio.

Bei der voestalpine sind wir einen zweigeteilten Weg gegangen: Im September 2003 wurden 19,7 % der Aktien über die Börse verkauft, die restlichen 15 % aus unserem Bestand wurden einer Umtauschanleihe unterlegt. Insgesamt betrug der Erlös aus dem Aktienverkauf EUR 246,5 Mio, das Volumen der begebenen Umtauschanleihe belief sich auf EUR 245,2 Mio.

Die Postbus AG wurde – wie bereits 2002 vereinbart – nach Erteilung der kartellrechtlichen Genehmigung zu 100 % an die ÖBB abgegeben. Der Erlös dieser Transaktion betrug EUR 119,2 Mio.

Eine weitere Transaktion betraf die Telekom, bei der wir 5 % unseres – unveränderten – Anteils von 47,2 % ebenfalls einer Umtauschanleihe unterlegt haben. Aus dieser Emission flossen der ÖIAG EUR 325,0 Mio zu.«

»Wie wirkt sich das auf die Gesamtsituation der ÖIAG aus?«

Dipl.-Ing. Rainer Wieltsch:

»In Summe haben wir 2003 rund EUR 532 Mio aus dem Verkauf von Anteilen sowie weitere EUR 570 Mio aus der Begebung von Anleihen erlöst. Damit konnten wir sowohl unsere Nettoverschuldung weiter reduzieren als auch die von der Republik geforderte Dividende von EUR 200 Mio ausschütten.

Um die Leistung der ÖIAG in vollem Umfang zu bewerten, muss man jedoch die Wertentwicklung des Gesamtportfolios und der Nettoverschuldung gegenüberstellen. Wenn man das ÖIAG-Vermögen heute betrachtet, haben die börsennotierten Gesellschaften per Ende März 2004 insgesamt einen Wert von ca. EUR 4,7 Mrd und die nicht börsennotierten Unternehmen

einen Wert von etwa EUR 0,8 Mrd. Dem daraus resultierenden Gesamtwert von rund EUR 5,5 Mrd steht eine Nettoverschuldung von ca. EUR 1,7 Mrd gegenüber. Diese ist also 3,1-fach überdeckt.

Dieses Verhältnis konnten wir über die letzten Jahre konstant verbessern. So hat das Gesamtvermögen der ÖIAG z.B. Ende 2000 einen Wert von rund EUR 5,0 Mrd aufgewiesen, die Nettoverschuldung betrug EUR 3,2 Mrd. Die Überdeckung betrug damals also nur rund EUR 1,8 Mrd. Mittlerweile konnte dieser Überhang – bei einem wesentlich geringeren Schuldenstand – dank Dividendenausschüttungen der Beteiligungsunternehmen sowie durch Wertsteigerung und den Verkauf von Anteilen auf EUR 3,7 Mrd verdoppelt werden.«

»3,1-fache Überdeckung der Nettoverschuldung«

Dr. Peter Michaelis:

»Einen wesentlichen Beitrag dazu hat das abgelaufene Geschäftsjahr geleistet. Die ÖIAG war – gemeinsam mit ihren Beteiligungsunternehmen – sowohl im Bereich der Wertsteigerung als auch bei der ihr übertragenen Privatisierung und Schuldenreduktion im Berichtszeitraum sehr erfolgreich.

Bei allen börsennotierten Unternehmen haben sich übrigens die Erwartungen bezüglich der positiven Auswirkungen aus der Erhöhung der Liquidität und der Reduktion des Staatseinflusses auf die Kursentwicklung bestätigt.«

Dipl.-Ing. Rainer Wieltsch:

»Auch im Ergebnis der ÖIAG haben wir 2003 übrigens eine deutliche Verbesserung erzielt. Vor dem Hintergrund stabiler Dividenden der Beteiligungsunternehmen, einer geringeren Zinsbelastung und einer sparsamen Geschäftsföhrung konnten wir ein positives Ergebnis in Höhe von rund EUR 20 Mio erwirtschaften.

Laufend passen wir dabei unsere Kapazitäten an die gegebenen Anforderungen an und stel-

len eine angemessene Höhe der Personalkosten sicher. Eine weitere deutliche Kostensenkung wird heuer der im Februar erfolgte Umzug aus dem Büro in der Wiener Kantgasse in neue Büroräumlichkeiten im 20. Bezirk bringen, die nicht nur moderner und damit effizienzfördernd, sondern auch wesentlich kostengünstiger sind. Wir rechnen damit, durch diese Maßnahme unseren Büroaufwand deutlich reduzieren zu können.«

»Also eine Erfolgsbilanz auf der ganzen Linie. Wie geht es nun weiter?«

Dr. Peter Michaelis:

»Wir werden uns natürlich weiterhin mit voller Energie auf die professionelle und zügige Umsetzung unseres Regierungsauftrags konzentrieren. Im Detail muss man das natürlich differenziert nach einzelnen Unternehmen betrachten. Um hier gleich mit jenen Gesellschaften zu beginnen, deren Aufsichtsratspräsidium ich angehöre:

Relativ komplex ist die Situation bei der VA TECH. Hier sehen wir eine Verantwortung der ÖIAG, eine solide Basis für die weitere Entwicklung der Gruppe zu schaffen. Zwei Aspekte stehen dabei für uns im Vordergrund: Die Sicherstellung einer ausreichenden Kapitaldecke, damit die VA TECH aus eigener Kraft ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit steigern kann – deshalb befürworten wir auch entschieden die vom Unternehmen überlegte Kapitalerhöhung. Der zweite Aspekt ist die Sicherstellung eines funktionierenden Managementteams nach den für 2004 anstehenden personellen Veränderungen. Werden beide Punkte in zufrieden stellender Weise erfüllt, sollte auch der endgültige Ausstieg der ÖIAG noch in dieser Legislaturperiode möglich sein.

Sehr positiv sehen wir die Perspektiven bei der Telekom Austria: Nach dem geregelten Exit der Telecom Italia und dem Rückkauf des 25 %-Anteils an Mobilkom von Telecom Italia Mobile hat sich die Aktie dieses Unternehmens zu einem der attraktivsten Telekomwerte Europas entwickelt. Hier evaluieren wir derzeit die für eine Privatisierung denkbaren Varianten.

Bei der Österreichischen Post haben wir 2003 zunächst die Möglichkeiten einer Stand-alone-Lösung geprüft. Ein diesbezügliches Projekt mündete in ein sehr anspruchsvolles Restrukturierungsprogramm, das bereits umgesetzt wird. Wir denken aber, dass kostenseitige Maßnahmen für die Österreichische Post als relativ kleinen Player keine ausreichende Antwort auf die Marktveränderungen auf gesamteuropäischer Ebene sein werden. Daher wird auch über Kooperationen in Teilgebieten nachgedacht – die bei Erfolg durchaus auch zu einer Kapitalverflechtung führen könnten. Die laufende Legislaturperiode sollte jedenfalls ausreichen, eine aussagekräftige Antwort auf die Aufgabenstellung des Regierungsauftrags zu geben. Vor dem Hintergrund der anstehenden Fragen ist zuletzt durch die Weiterbestellung des Vorstandsvorsitzenden und des Finanzvorstands sowie die Neubesetzung der Vorstandsbereiche Logistik und Filialnetz eine gute Mischung aus Kontinuität und neuen Personen gelungen.«

»Wir werden uns natürlich weiterhin mit voller Energie auf die professionelle und zügige Umsetzung unseres Regierungsauftrags konzentrieren.«

Dipl.-Ing. Rainer Wieltsch:

»Bei der voestalpine ist nach der Privatisierung im vergangenen September wieder Ruhe eingeleitet, und das Geschäft entwickelt sich weiterhin sehr positiv. Betrachtet man die Markt- und Kursentwicklung seit der Privatisierung, sind wir mit dem der Umtauschanleihe zugrunde gelegten Preis von EUR 41,28 pro Aktie sehr gut gelegen, das Gleiche gilt für den Verkaufspreis der Aktien von EUR 32,50. Wir sind daher auch optimistisch, dass die Umtauschanleihe zum vorgegebenen Zeitpunkt entsprechend gewandelt werden kann. Damit wäre der mit dem Regierungsauftrag vorgegebene Ausstieg vollendet.

Die AUA hat sich 2003 in einem wahren *annus horribilis* für die Flugindustrie sehr gut geschlagen und die Erwartungen trotz erheblich negativer Umfeldeinflüsse erfüllt. Auch

für 2004 sind die Prognosen durchaus optimistisch. Weiterhin wird die Bemühung um Kostendisziplin im gesamten Konzern im Mittelpunkt stehen – wobei nach den erfolgreichen internen Kostensenkungsprogrammen der vergangenen Jahre im kommenden Jahr besonders die externen Kostenfaktoren wie Kerosin und Flughafenengebühren im Fokus stehen werden. Der im Vorjahr erfolgte Produktrelaunch zeigt gute Akzeptanz, und auch die geplante Expansion Richtung Osten und Fernost zeigt, dass sich die Aktivitäten des Unternehmens nach weitgehender Erledigung der internen Aufgaben nun wieder stärker nach außen und da besonders dem Kunden zuwenden.

Auch bei der OMV sind die Auspizien für 2004 dank der Entwicklung von Ölpreis und Raffineriemargen gut. Im vergangenen Geschäftsjahr wurde das beste Ergebnis erzielt, das je ein österreichisches Industrieunternehmen erreicht hat. Auf diese bemerkenswerte Leistung ist das ganze Unternehmen zu Recht stolz. Im kommenden Jahr werden sich die bereits voll integrierten Akquisitionen des Jahres 2003 weiter positiv entwickeln und wertvolle Beiträge zum Gesamterfolg leisten.

Unterstützt vom strategischen Partner IPIC ist die OMV damit auf ihrem Weg zur führenden integrierten Öl- und Gasgesellschaft im zentral-europäischen Raum gut unterwegs. Auch die neu installierte Holdingstruktur wird zur effizienten Bewältigung der künftigen Herausforderungen gute Dienste leisten.

Bei der ÖBAG steht für 2004 die Evaluierung von zwei möglichen Privatisierungsvarianten an: Der Abgabe der gesamten Gruppe bzw. des Verkaufs einzelner Unternehmensteile. Unsere Beurteilungskriterien sind dabei natürlich der Erlös, die Erhaltung der Arbeitsplätze auf dem steirischen Erzberg sowie die Sicherstellung einer korrekten Abwicklung der Risiken aus früheren Bergbauaktivitäten.«

»Lässt sich zum Zeitpunkt anstehender Privatisierungsmaßnahmen etwas Konkretes sagen?«

Dr. Peter Michaelis:

»Es handelt sich bei fast allen betroffenen Unternehmen um börsennotierte Gesellschaften. Grundsätzlich arbeiten wir an einer zügigen Umsetzung des Regierungsauftrags, achten aber sehr genau darauf, das für die jeweilige Transaktion optimale Zeitfenster zu finden. Dabei sind wir natürlich – denken Sie z. B. an die Telekom Austria – auch „fremdbestimmt“, weil wir auf die gesamteuropäische Markt- und Branchenentwicklung Rücksicht nehmen müssen. Um eine bestmögliche Einschätzung sicherzustellen, vertrauen wir hier nicht nur auf unsere eigene Erfahrung, sondern holen auch die Meinung erfahrener Investmentbanken ein. Wir stehen aber nicht unter Zeitdruck. Die aktuelle Legislaturperiode läuft bis Herbst 2006.«

Dipl.-Ing. Rainer Wieltsch:

»Zudem müssen wir keine Unternehmen verkaufen, um unsere Zinsen – sie betragen jährlich rund EUR 100 Mio – für 2004 zahlen zu können. Wir haben daher für die Evaluierung der im Sinn des Privatisierungsauftrags geeigneten Szenarien ausreichend Zeit. Also kein Verkauf „um jeden Preis“.«

»Wir sind vor allem auch Beteiligungsmanager, die einen Wertsteigerungsauftrag zu erfüllen haben.«

»Und wie sehen Ihre Überlegungen zur neuen Beteiligungsmanagement-Gesellschaft aus?«

Dr. Peter Michaelis:

»Wir sind dabei, nach dem Modell der ÖIAG Lösungen für die künftige Konfiguration zu erarbeiten. Ein wesentlicher Faktor ist dabei die erwiesene Fähigkeit einer Holdingkonstruktion, Interessenkonflikte abzufedern, weil eine direkte Anbindung eines Unternehmens an die Öffentliche Hand vermieden wird. Die Zwischenschaltung einer Infrastruktur- bzw. Beteiligungsholding könnte sich hier als zweckmäßig erweisen. Details stehen aber im Moment nicht fest und hängen noch von einer politi-

schen Willensbildung ab. Jedenfalls treten wir dafür ein, dass das umfassende Know-how der ÖIAG in den Bereichen Beteiligungsmanagement, Restrukturierung und Privatisierung in Zukunft auch für andere Bereiche genutzt wird.«

Dipl.-Ing. Rainer Wieltsch:

»In diesem Zusammenhang darf ich auch noch auf zwei wichtige Punkte hinweisen, die manchmal im politischen Getöse um Privatisierungen untergehen: Wir sind – vor allem – Beteiligungsmanager, die für ihre Beteiligungsunternehmen einen Wertsteigerungsauftrag zu erfüllen haben. Wir kommen diesem Auftrag im Rahmen unserer Funktionen in den Aufsichtsräten unserer Beteiligungsunternehmen nach und haben die Grundgedanken des EVA-Modells (Economic Value Added von Stern Stewart) in den meisten Zielvorgaben für unsere Unternehmen und auch in den Incentives der Manager verankert. Diese Wertsteigerungen sind messbar und betragen regelmäßig mehr als EUR 200 Mio im Jahr.

»Maßgeblicher Faktor
in der Etablierung des österreichischen
Corporate Governance Kodex«

Aufgrund der nach wie vor recht hohen Anzahl unserer Beteiligungen nehmen wir – sozusagen als Berufsaufsichtsräte – auch relativ viele Aufsichtsratsmandate wahr. Damit sind wir ein maßgeblicher Faktor in der Etablierung des österreichischen Corporate Governance Kodex auf dem österreichischen Kapitalmarkt.«

Dr. Peter Michaelis:

»Was uns abschließend sehr freut, ist natürlich der Umstand, dass wir 2003 seit langem wieder eine Dividende ausschütten konnten. Unterstützt werden wir dabei von der im Vorjahr erfolgten Novellierung des ÖIAG-Gesetzes, die diese Ausschüttung rechtlich erst möglich gemacht hat. Die ÖIAG hat die Republik Österreich damit heute nicht nur vom Schuldendienst für die ehemalige Verstaatlichte entlastet, den wir heute zur Gänze aus eigenen Mitteln tragen, sondern wir leisten sogar einen – wenn auch bescheidenen – Beitrag zum laufenden Budget.«

»Danke für das Gespräch.«

Die Transaktionen des Jahres 2003 im Detail

Transaktions-
volumen:
EUR 1.102,6 Mio

Mit Privatisierungsschritten bei vier Unternehmen sowie der Begebung von zwei Umtauschanleihen hat die ÖIAG im Jahr 2003 wichtige Meilensteine im Hinblick auf ihren Privatisierungsauftrag gesetzt. In Summe wurden aus dem Verkauf von Anteilen EUR 532,4 Mio Erlöst, das Volumen der beiden Umtauschanleihen erreichte EUR 570,2 Mio. Insgesamt beträgt das Volumen aller im Jahr 2003 durchgeführten Transaktionen EUR 1.102,6 Mio.

Positiver Ein-
fluss auf Kurs-
entwicklung

Sowohl für die betroffenen Unternehmen wie auch für den österreichischen Kapitalmarkt haben diese Transaktionen wertvolle Impulse gebracht und haben sich bei den börsennotierten Gesellschaften durchwegs sehr positiv auf die Kursentwicklung ausgewirkt. So zeigte die Aktie der VA Technologie AG im Jahr 2003 insgesamt einen Zuwachs von rund 65 %, bei der voestalpine AG war im Berichtszeitraum eine Kurssteigerung um knapp 40 % zu verzeichnen. Auch die Aktie der BÖHLER-UDDEHOLM AG legte 2003 um rund 21 % zu.

Gezielte Vor-
bereitung durch
Beteiligungs-
management

Wesentliche Grundlage für die erfolgreichen Privatisierungsschritte war die gezielte Vorbereitung der Unternehmen im Rahmen des Beteiligungsmanagements der ÖIAG, die zur Attraktivität des Angebots für Anleger entscheidend beigetragen hat. Einen weiteren zentralen Faktor bildete die professionelle Durchführung der Projekte. Das umfassende Privatisierungs-Know-how der ÖIAG hat sich hier sehr erfolgreich mit der Kompetenz führender nationaler und internationaler Investmenthäuser, Anwälte und Wirtschaftsprüfer verbunden.

Im Detail wurden 2003 folgende Transaktionen realisiert:

VA Technologie AG: Reduktion der Beteiligung auf 15 % durch Abgabe von 9 %

Im Juli und August 2003 hat die ÖIAG insgesamt 9 % der Aktien der VA Technologie AG über die Börse abgegeben und damit ihren Anteil von zuvor 24 % auf 15 % reduziert. Der Erlös aus dem Verkauf dieser Aktien betrug EUR 33,3 Mio, der erzielte Preis pro Aktie erreichte im Schnitt EUR 24,7.

Erlös:
EUR 33,3 Mio

Umtauschanleihe auf 5 % der Telekom Austria-Aktien

Im August 2003 begab die ÖIAG als erstes österreichisches Unternehmen eine Umtauschanleihe (Exchangeable Notes) auf 5 % bzw. 25 Mio Stück der Aktien der Telekom Austria AG. Das Volumen der Anleihe betrug EUR 325 Mio, die Laufzeit erstreckt sich bis August 2006. Die Verzinsung wurde mit 1,125 %, der Umtauschpreis mit EUR 13,- festgelegt. Die Anleihe wurde an der Luxemburger Börse gelistet. Das Angebot war 3,4-fach überzeichnet. Die Platzierung erfolgte zu 50 % in Großbritannien, zu 18 % in den USA und zu 32 % im übrigen Europa.

Volumen:
EUR 325 Mio

Verkauf der Postbus AG an die ÖBB

Am 15. September 2003 erfolgte das Closing für die Abgabe von 100 % der Aktien der Postbus AG an die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB). Diese Abgabe war bereits im September 2002 vertraglich vereinbart und danach einer kartellrechtlichen Prüfung unterzogen wor-

Erlös:
EUR 119,2 Mio

den. Der Erlös aus dem Verkauf der Postbus AG betrug EUR 119,2 Mio.

voestalpine AG: Aktienverkauf über die Börse und Umtauschanleihe

Erlös:
EUR 246,5 Mio

Zwei weitere erfolgreiche Transaktionen des Berichtsjahres betrafen die voestalpine AG. Im September 2003 wurden insgesamt 19,7 % der Aktien über die Börse verkauft. Davon wurden 15,9 % zu einem Preis von EUR 32,50 pro Aktie an institutionelle und Retail-Investoren abgegeben. Der Retailverkauf wurde dabei durch eine impactstarke Werbekampagne unter dem Slogan *Wir sind Voestereicher* unterstützt. 3,8 % der zugeteilten Aktien gingen zu einem begünstigten Preis von EUR 28,28 an die voestalpine-Mitarbeiterstiftung. In Summe betrug der Erlös aus dem Aktienverkauf EUR 246,5 Mio. Mit 46 % entfiel der Großteil der zugeteilten Aktien auf österreichische Investoren, 25,7 % wurden US-amerikanischen und 28,3 % Investoren im restlichen Europa zugeteilt.

Anleihevolumen:
EUR 245,2 Mio

Im Anschluss an diese Transaktion wurde eine Umtauschanleihe (Exchangeable Notes) auf die verbleibenden im ÖIAG-Eigentum stehenden 15 % der voestalpine-Aktien begeben. Das Transaktionsvolumen betrug EUR 245,2 Mio, der Umtauschpreis wurde mit EUR 41,275 fest-

gelegt. Verzinst ist diese Anleihe – sie läuft bis Oktober 2006 und notiert an der Wiener Börse – mit 1,5 %.

Endgültige Privatisierung der BÖHLER-UDDEHOLM AG

Erlös:
EUR 133,4 Mio

Als letzte Transaktion des vergangenen Jahres hat die ÖIAG im November 2003 ihren gesamten Anteil von 25 % an der BÖHLER-UDDEHOLM AG über die Börse privatisiert. Managementpräsentationen sowie die öffentliche Bekanntgabe der Transaktion führten zu einem deutlichen Anstieg des Kurses während der Angebotsfrist. Die Preisfestlegung erfolgte letztlich bei EUR 48,50, was einer 3,5-fachen Überzeichnung des Angebotes entsprach. Wie sich auch am deutlichen Kursanstieg nach Abschluss der Transaktion zeigt, wurde die Privatisierung der BÖHLER-UDDEHOLM AG über die Börse vom Markt sehr positiv aufgenommen. Auch die österreichische Kernaktionsstruktur wurde durch diese Transaktion weiter gestärkt – 34 % der Aktien gingen an institutionelle und Retail-Investoren in Österreich, 11,8 % an US-Investoren und 17,5 % an Investoren in Großbritannien; der Rest der Aktien wurde deutschen, schweizer und sonstigen Investoren zugeteilt. Der Erlös aus der Abgabe betrug EUR 133,4 Mio.

Organe

Aufsichtsrat

Dipl.-Bwt. Alfred H. HEINZEL
Vorsitzender
 Geschäftsführer der Heinzel Holding GmbH

Prof. Dipl.-Ing. Jürgen HUBBERT
Erster stellvertretender Vorsitzender
 Mitglied des Vorstands der Daimler Chrysler AG,
 Geschäftsfeld Mercedes-Benz PKW und Smart

Prof. DDr. Hellwig TORGGLER
Zweiter stellvertretender Vorsitzender
 Rechtsanwalt, Schönherr Rechtsanwälte
 (bis 5. September 2003¹)

Dr. Veit SORGER
Zweiter stellvertretender Vorsitzender
(seit 18. September 2003)
 Vorsitzender des Vorstands der Frantschach AG

Dr. Paul ACHLEITNER
 Mitglied des Vorstands der Allianz AG

Dr. Karl BÜCHE
 Vorsitzender des Vorstands der BRAU UNION AG

Univ.-Prof. Dr. Michael ENZINGER
 Rechtsanwalt
 (seit 5. September 2003¹)

Dr. Astrid GILHOFER
 Geschäftsführende Gesellschafterin
 der CI Consult und Immobilientreuhand GmbH

Dr. Alexander RIKLIN
 Gesellschafter und Geschäftsführer der Alcar
 Holding GmbH
 (seit 11. November 2003¹)

Veit SCHALLE
 Vorsitzender des Vorstands der REWE Austria AG
 (bis 6. November 2003¹)

Dr. Erich WIESNER
 Geschäftsführer der Wiesner-Hager Baugruppe
 GmbH

KR Ing. Siegfried WOLF
 Executive Vice Chairman
 der Magna International Europe AG

¹ Im Berichtszeitraum schied der zweite stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates, Prof. DDr. Hellwig Torggler auf eigenen Wunsch vorzeitig aus dem Aufsichtsrat aus; im Rahmen der gesetzlich geregelten „Selbsterneuerung“ des ÖIAG-Aufsichtsrats (s.u.) wurde Univ.-Prof. Dr. Michael Enzinger nachbestellt. Ebenfalls auf eigenen Wunsch schied ferner Veit Schalle vorzeitig aus dem Aufsichtsrat aus, an seiner Stelle wurde Dr. Alexander Riklin in den Aufsichtsrat bestellt.

Aus dem ÖIAG-Gesetz 2000

§ 4 (1) Zehn Mitglieder des Aufsichtsrats sollen für ihre Leistungen allgemein anerkannte Unternehmer aus der Wirtschaft, Geschäftsführungsmitglieder von Gesellschaf-

ten des Handelsrechts oder Persönlichkeiten mit langjähriger Erfahrung im Wirtschaftsleben sein. Die Bestellung und Abberufung erfolgt im Wege der Beschlussfassung durch den Kreis dieser Aufsichtsratsmitglieder.

(3) Die Bestellung jedes Aufsichtsratsmitglieds im Sinne des § 4 Abs. 1 erfolgt bis zum Ablauf jener Hauptversammlung, die über die Entlastung für das siebente volle Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt, wobei das Jahr der Wahl nicht eingerechnet wird. Soweit kein vorzeitiges Ausscheiden stattfindet, scheidet jedes zweite Jahr jeweils zwei Aufsichtsratsmitglieder bzw. im sechsten und im achten Jahr jeweils drei Aufsichtsratsmitglieder aus. Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Mitglieds ist eine Ersatzwahl für die restliche Funktionsperiode unverzüglich vorzunehmen.

Personalvertreter im Aufsichtsrat

Ing. Leopold ABRAHAM
Vorsitzender des Zentralbetriebsrats
der OMV AG

Anton BENEDER
Vorsitzender der Konzernvertretung
der VA TECH ELIN EBG GmbH

Gerhard FRITZ
Vorsitzender des Zentralausschusses
der Österreichische Post AG

Erich HUHNDORF
Vorsitzender des Zentralausschusses
der Telekom Austria AG
(bis 30. November 2003)

Michael KOLEK
Vorsitzender des Zentralausschusses
der Telekom Austria AG
(seit 5. Dezember 2003)

Helmut OBERCHRISTL
Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrats
der voestalpine Stahl Linz GmbH

Vorstand

Dr. Peter MICHAELIS

Dipl.-Ing. Rainer WIELTSCH

Die

Beteili

ungen

Das Portfolio im Überblick

	Austrian Airlines AG¹	OMV AG¹	Telekom Austria AG¹	voestalpine AG¹
Tätigkeitsbereich	Österreichischer National Carrier, Linien-, Charter-, Frachtgeschäft	Führender Erdöl- und Erdgaskonzern Zentral- und Osteuropas	Größter Telekommunikationsanbieter Österreichs	Produktion und Veredelung von Stahl, Engineering und Verarbeitung
ÖIAG-Anteil (%)	39,7	35,0	47,2	15,0
Kurs per Ultimo 2003 (EUR)	6,52	118,8	9,80	32,30
Umsatz 2003 ² (EUR Mio)	2.040,1	7.644,4	3.969,8	3.401,5
EBIT 2003 ² (EUR Mio)	63,3	643,6	369,8	196,3
Ergebnis vor Steuern 2003 ² (EUR Mio)	25,7	596,5	232,6	171,6
Dividende pro Aktie 2003 ² (EUR)	–	4,0	0,13	– ³
Dividende 2003 ² (EUR Mio)	–	107,5	65,0	– ³
Mitarbeiter 2003 ² (Durchschnitt)	7.167	6.091	14.657	23.489
¹ Börsennotiert ² voestalpine AG: 1.–3. Quartal 2003/2004 (1. April 2003 – 31. Dezember 2003) ³ Wird unterjährig nicht ausgewiesen ⁴ Angabe bei nicht börsennotierten Gesellschaften nicht sinnvoll ⁵ Anzahl per 31. Dezember 2003				

VA Technologie AG¹	ÖIAG-Bergbau- holding AG	Österreichische Post AG
Globales Technologie- und Serviceunternehmen	Branchenholding für die Bergbauaktivitäten der ÖIAG	Österreichs führender Dienstleister in der Post- beförderung
15,0	100,0	100,0
25,61	–	–
3.923,3	65,3	1.644,6
101,1	10,5	15,7
–19,4	16,2	28,5
–	– ⁴	– ⁴
–	9,0	36,0
17.478 ⁵	390	27.713

Austrian 


OMV


TELE
KOM
AUS
TRIA

voestalpine
AKTIENGESELLSCHAFT

VATECH


OBAG

 **Post.at**

Austrian Airlines AG

Kennzahlen	2002	2003	
Umsatz (EUR Mio)	2.204,4	2.040,1	↘
EBITDA (EUR Mio)	384,6	355,9	↘
EBIT (EUR Mio)	41,4	63,3	↗
Ergebnis vor Steuern (EUR Mio)	4,2	25,7	↗
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	42,8	45,8	↗
Dividende (EUR Mio)	–	–	–
Dividende pro Aktie (EUR)	–	–	–
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	248,7	201,0	↘
Bilanzsumme (EUR Mio)	3.829,4	3.546,1	↘
Eigenkapital (EUR Mio)	557,0	604,5	↗
Nettoverschuldung (EUR Mio) ¹	1.617,5	1.311,9	↘
Gearing (%)	290,4	217,0	↘
ROCE (%)	3,1	3,6	↗
ROTGA (%)	7,7	6,2	↘
CVA (EUR Mio)	–109,8	–194,8	↘
CVA-Veränderung (EUR Mio)	114,3	–85,0	↘
Mitarbeiter auf Vollzeitbasis (Durchschnitt)	7.358	7.167	↘



ÖIAG-Anteil
39,7 %

Kunden aus aller Welt überaus geschätzt und durch zahlreiche internationale Auszeichnungen eindrucksvoll bestätigt. Im Rahmen des im Berichtszeitraum neu etablierten „Focus East“ setzt die Gruppe verstärkt auf das Geschäft in Zentral- und Osteuropa sowie in Fernost.

„Focus East“

Seit März 2000 ist die Austrian Airlines Group Mitglied der Star Alliance, der weltweit größten und erfolgreichsten globalen Fluglinien-Allianz. Gemeinsam mit ihren Partnern in dieser Allianz bietet sie ihren Kunden Verbindungen zu rund 680 Städten in rund 130 Ländern.

Mitglied der
Star Alliance

¹ Die Nettoverschuldung entspricht dem in der Kennzahl Gearing (Nettoverschuldung i.V. zum Eigenkapital) verwendeten Zähler (somit langfristige verzinsliche und langfristige sonstige Verbindlichkeiten abzgl. liquide Mittel, diese wiederum definiert als liquide Mittel i.e.S. plus Wertpapiere des Umlauf- sowie des Anlagevermögens)

Das Unternehmen

Austrian,
Lauda Air,
Austrian arrows

Mit den drei Fluggesellschaften Austrian Airlines („Austrian“), Lauda Air und Tyrolean Airways („Austrian arrows“) vereint die Austrian Airlines Group praktisch den gesamten österreichischen Flugmarkt in einer dynamischen, qualitätsorientierten Gruppe. Im Einklang mit den Anforderungen ihrer Kunden deckt die Gruppe sämtliche Leistungssegmente der Luftfahrtindustrie – vom Linien- und Charterverkehr bis hin zum Frachtverkehr – ab.

Als klarer Marktführer in ihrem Heimatmarkt Österreich ist die Austrian Airlines Group bekannt für ihre hervorragende Produktqualität, freundlichen Service und erstklassigen Komfort. Ihr hohes Qualitätsniveau wird von

Highlights 2003

- Turnaround bestätigt: Starkes Ergebnis trotz ungünstiger Rahmenbedingungen
- EBIT mit EUR 63,3 Mio trotz negativen Umfelds deutlich über Vorjahr
- Markant gesteigertes Ergebnis vor Steuern: EUR 25,7 Mio nach EUR 4,2 Mio
- Net Gearing von 290,4 % auf 217,0 % verbessert
- Krisenfestigkeit des Konzerns gesteigert
- Reduktion des Investitionsvolumens
- Flottenharmonisierung fortgesetzt
- Kraftvolle neue Marken: Austrian und Austrian arrows
- Innovatives neues Produktkonzept – kompletter Relaunch
- „Focus East“ – neue Offensiven in Zentral- und Osteuropa sowie Asien

Strategie

Absolute Wertorientierung

Auf Grundlage ihrer Konzernstrategie, deren zentrale Forderung in der absoluten Wertorientierung aller Tätigkeiten besteht, nutzt die Austrian Airlines Group ihre Marktchancen aktiv und konsequent. Sie konzentriert sich dabei auf zwei Marktnischen: Den West-Ost Transfer, in dem sie bereits heute eine führende Position einnimmt, sowie einen Ausbau der profitablen Flüge von bzw. nach Österreich.

Relaunch des Marktauftritts

Angesichts geänderten Konsumverhaltens und zunehmender Konkurrenz durch Billigfluglinien hat sich die Gruppe 2003 neu positioniert. Im Vordergrund stand dabei ein kompletter Relaunch des Marktauftritts der Austrian Airlines Group, zusätzlich wurde der gesamte Marketing-Mix modernisiert und neu aufgesetzt, wobei auch Erfolgselemente sogenannter Billigfluglinien in das Angebot integriert wurden. Das Unternehmen setzt dabei auf exzellente Produkt- und Servicequalität, eine junge Flotte, ein attraktives Streckennetz mit Fokus auf den Regionen Europa und Asien sowie seinen 60 %-Marktanteil auf der hoch effizienten Drehscheibe Flughafen Wien. Weitere positive Faktoren sind die Einbettung in die Star Alliance und eine klare Kompetenzaufteilung innerhalb des Konzerns in Form eines Production Company Concept.

Gegenüber ihren Aktionären fühlt sich die Gruppe zu nachhaltigem Unternehmenserfolg verpflichtet. Als maßgebliche Messgrößen für die konsequente Wertorientierung der Austrian Airlines Group wurden der Cash Value Added (CVA) und der Return on Total Gross Assets (ROTGA) definiert.

Geschäftsentwicklung 2003

Ergebnissteigerung in negativem Umfeld

In einem großteils negativen Umfeld – geprägt von international schwacher Konjunktur, Irak-Krise und SARS-Epidemie – ist es Austrian Airlines im Jahr 2003 gelungen, ihr Ergebnis deutlich zu steigern. Durch zusätzliche Kostensenkungsinitiativen, aktives Kapazitätsmanagement und ihren kompletten Produkt-Relaunch

trotzte sie damit Rückgängen im Passagieraufkommen ebenso wie sinkenden Einheitserträgen. Verbessert hat sich vor dem Hintergrund einer deutlichen Reduktion der verzinlichen Finanzverbindlichkeiten im Berichtszeitraum auch die Bilanzstruktur der Austrian Airlines Group. Parallel dazu wurde 2003 auch die Krisenresistenz der Gruppe deutlich gesteigert – nicht zuletzt durch ein mit dem fliegenden Personal vereinbartes „Krisenpaket“, in dessen Rahmen bei Nachfrageeinbrüchen automatisch Kurzarbeitsmodelle im Flugbetrieb in Kraft treten.

Die Flugumsätze sanken 2003 zwar um 7,2 % auf EUR 1.906,4 Mio, das EBIT konnte jedoch – nicht zuletzt dank einer Reduktion der Einheitskosten um 5,1 % – gegenüber 2002 um EUR 21,9 Mio auf EUR 63,3 Mio erhöht werden. Das Eigenkapital zeigte 2003 einen Zuwachs auf EUR 604,5 Mio bzw. auf 17,0 %, während sich das Net Gearing von 290,4 % auf 217,0 % verbesserte.

EBIT deutlich erhöht

Auch die relative Kursentwicklung der Austrian Airlines-Aktie – sie zeigte gegenüber dem für ihre Peer Group relevanten MSCI Europe Airlines-Index im Jahr 2003 eine klare Outperformance – spiegelte diese positive Tendenz wider.

Ausblick 2004

Vor dem Hintergrund einer spürbaren Konjunkturerholung rechnet die Austrian Airlines Group für 2004 wieder mit einer Zunahme der Flugnachfrage. Im Rahmen des gezielten „Focus East“ wird die Gruppe in diesem Umfeld vor allem die Chancen aus der EU-Osterweiterung nutzen. Sie setzt dabei auf eine aktive Brückenkopfstrategie in der betroffenen Region und wird dazu vorerst eine Maschine fix in Bratislava stationieren. Gleichzeitig wird das Langstreckennetz in Asien ausgebaut und verdichtet, um auch an der Dynamik dieser weltweit schnellst wachsenden Wirtschaftsregion zu partizipieren. Im – weiterhin restriktiv gehandhabten – Investitionsbereich plant die Gruppe 2004 die Abnahme von vier neuen Flugzeugen. Die Vereinheitlichung der Typenvielfalt innerhalb der Flotte steht dabei weiterhin im Vordergrund.

Zusätzliche Dynamik durch „Focus East“

OMV Aktiengesellschaft

Kennzahlen	2002	2003	
Umsatz (EUR Mio)	7.079,4	7.644,4	↗
EBITDA (EUR Mio)	834,1	1.076,0	↗
EBIT (EUR Mio)	494,8	643,6	↗
Ergebnis vor Steuern (EUR Mio)	473,9	596,5	↗
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	322,2	393,1	↗
Dividende (EUR Mio)	94,0	107,5	↗
Dividende pro Aktie (EUR)	3,5	4,0	↗
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	589,4	666,6	↗
Bilanzsumme (EUR Mio)	6.148,8	7.516,7	↗
Eigenkapital (EUR Mio)	2.411,2	2.685,3	↗
Nettoverschuldung (EUR Mio)	477,6	1.081,0	↗
Gearing (%)	20	40	↗
ROCE (%)	11	12	↗
Mitarbeiter auf Vollzeitbasis (Durchschnitt)	5.748	6.091	↗



ÖIAG-Anteil
35,0 %

Das Unternehmen

Führender Erdöl- und Erdgaskonzern in Mitteleuropa

OMV ist mit einem Konzernumsatz von EUR 7,64 Mrd das größte börsennotierte Industrieunternehmen Österreichs und – gemessen an der Marktkapitalisierung – der führende Erdöl- und Erdgaskonzern in Mitteleuropa. Der OMV Konzern ist weltweit in Exploration und Produktion (E & P) aktiv und nimmt in Österreich eine führende Rolle als Erdgasdrehscheibe für Europa ein. Gleichzeitig verfügt OMV mit ihrem umfassenden Tankstellennetz in Mittel- und Osteuropa über eine solide Marketing-Plattform für die eigenen Raffinerien (R & M) und hält einige wichtige Beteiligungen. Die integrierten Chemie- und Kunststoffunternehmen des Konzerns gehören zu den weltweit führenden Anbietern von Melamin und Polyolefinen.

Strategie

Oberstes strategisches Ziel des OMV Konzerns ist es, sein Geschäftsvolumen bis 2008 gegenüber dem Jahr 2001 zu verdoppeln und dabei

die angestrebte Verzinsung des eingesetzten Kapitals (ROACE/Return on average capital employed) von 13 % nicht aus den Augen zu verlieren. Zusätzlich wird – bei durchschnittlichen Marktindikatoren, wie z.B. Rohölpreis, Raffineriemargen etc. – ein Return on fixed assets (ROfA) von 16 % und eine Eigenkapitalrentabilität (ROE) von 16 % bis 18 % angestrebt. Die damit verbundene Steigerung des Shareholder Value soll OMV als langfristig attraktives Investment positionieren.

Verdopplung der Unternehmensgröße bis 2008

Konkret soll dazu die Erdöl- und Erdgasproduktion bis 2008 auf 160.000 Barrel Öläquivalent/Tag verdoppelt werden, das Verhältnis zwischen der Produktion und der Raffineriekapazität soll 0,5 zu 1 betragen. Im Bereich Marketing strebt OMV bis 2008 eine Verdopplung ihres Marktanteils im relevanten Markt auf 20 % an. Im Erdgasgeschäft sollen die Verkaufs- und Handelsmengen in Österreich und den Nachbarländern auf 10 Mrd m³ gesteigert und die Position des Gas Hub Baumgarten als Gasdrehscheibe gestärkt werden. Im Geschäftsbereich Chemie wird die Anhebung der Verkaufsmengen von Melamin auf 200.000 t angestrebt.

Ausbau in allen Geschäftsbereichen

Highlights 2003

- Anstieg der Öl- und Erdgasproduktion sowie der sicheren Reserven um 43 % bzw. 20 %
- Erfolgreiche Integration der Akquisitionen von Preussag und BAYERNOIL/BP

- Erhöhung der Tankstellenanzahl um 45 % und der Raffineriekapazität um 42 %
- OMV Erdgas GmbH im liberalisierten Markt für Erdgas gut positioniert
- EconGas GmbH: Markteintritt in Österreich, Deutschland und Italien
- Absatzsteigerung im Chemiebereich trotz schwieriger Märkte
- Bau des Melaminwerks in Piesteritz in Deutschland voll im Plan

Anteil von 45 % am Raffinerieverbund BAYERN-OIL, 313 BP- und ARAL-Stationen in Süddeutschland, Ungarn und der Slowakei sowie 139 Avanti-Tankstellen – bedeuteten einen weiteren wesentlichen Wachstumssprung. Durch die Auslagerung des Großkundengeschäfts an EconGas zeigte Erdgas einen erwarteten Rückgang, das Ergebnis in der Chemie konnte trotz schwieriger Marktverhältnisse auf konstantem Niveau gehalten werden.

Höhere Raffineriemargen, zahlreiche Akquisitionen

Geschäftsentwicklung 2003

Exzellentes Ergebnis

Mit einem Rekord-Betriebsergebnis (EBIT) von EUR 644 Mio und einem um 22 % gesteigerten Jahresüberschuss von EUR 393 Mio beendete OMV das Jahr 2003 äußerst erfolgreich. Obwohl die Ergebnisse der Wachstumsinvestitionen im Berichtsjahr noch nicht in vollem Umfang zum Tragen kamen, verbesserten sich die Rentabilitätskennzahlen gegenüber dem Vorjahr weiter: Die Verzinsung des eingesetzten Kapitals (ROACE) erhöhte sich von 11 % auf 12 %, der Return on fixed assets lag bei 16 %, und die Eigenkapitalverzinsung stieg von 14 % auf 15 %. Die wesentlichsten Faktoren für diese positive Entwicklung waren höhere Margen und Verkaufsmengen in nahezu allen Geschäftsbereichen.

Deutlicher Zuwachs im Bereich E & P

Im Bereich E & P führten deutlich höhere Produktionsmengen sowie gestiegene Rohölpreise zu einer 18 %-igen Erhöhung von Umsatz und EBIT. Der Anstieg der Rohölpreise auf dem Weltmarkt wurde jedoch fast zur Gänze durch den höheren EUR/USD-Wechselkurs ausgeglichen. Der Abschluss der Preussag-Akquisition – erworben wurde per Anfang 2003 das internationale E&P-Geschäft der Preussag Energie International GmbH von TUI AG – sowie die Inbetriebnahme des Erdgasfelds Sawan im Süden Pakistans bildeten die Basis einer Steigerung der Gesamtproduktion von Erdöl, Natural Gas Liquids und Erdgas um 43 %. Im Geschäftsbereich R & M erhöhte sich der Betriebserfolg vor allem durch das gestiegene Niveau der Bulk-Raffineriemargen sowie den höheren Beitrag des Petrochemiegeschäfts um 113 %. Die Akquisitionen im Berichtszeitraum – sie umfassten einen

Ausblick 2004

Zügig werden die großen Akquisitionen des Jahres 2003 in den OMV Konzern integriert, um in weiterer Folge das Ziel der Verdopplung der Unternehmensgröße bis 2008 zu erreichen. Im Bereich E&P geht OMV durch die Integration der Akquisitionen und den Entfall der begleitenden Anlaufkosten von einem Wachstum und damit einem anhaltend positiven Ergebnisbeitrag aus. Im Marketingbereich liegt der Schwerpunkt in den gesättigten Märkten auf dem Ausbau des Non-Oil-Geschäfts (Shop, Gastronomie etc.), in den Wachstumsmärkten konzentriert sich OMV auf die Steigerung ihres Marktanteils durch den Bau neuer Tankstellen sowie kleinere Akquisitionen. Während im Raffineriegeschäft auf Grund von geplanten Produktionsstillständen Ergebnismrückgänge erwartet werden, ist im Bereich Erdgas mit einem stabilen Ergebnis zu rechnen. Eine Ergebnissteigerung erwartet OMV im Geschäftsbereich Chemie auf Grund zusätzlicher Produktionsmengen aus der im zweiten Halbjahr 2004 fertig gestellten Melaminanlage in Piesteritz in Deutschland.

Integration der Akquisitionen

Die Einschätzung der wichtigsten Parameter wie Erdöl- und Erdgaspreise, Raffineriemargen oder Wechselkurse ist für 2004 auf Grund hoher Volatilitäten nicht einfach. Die Planung geht hier sowohl beim Rohölpreis wie auch beim Wechselkurs des US-Dollars von einem sinkenden Niveau aus. Die von der österreichischen Regierung geplante Senkung der Körperschaftsteuer von 34 % auf 25 % ab 2005 wird durch die Anpassung der latenten Steuern im Jahr 2004 aller Voraussicht nach zu einer Ergebnisbelastung führen.

Hohe Volatilitäten beeinflussen Prognose

Telekom Austria AG

Kennzahlen	2002	2003	
Umsatz (EUR Mio)	3.908,2	3.969,8	↗
EBITDA (EUR Mio)	1.464,4	1.509,8	↗
EBIT (EUR Mio)	273,1	369,8	↗
Ergebnis vor Steuern (EUR Mio)	43,8	232,6	↗
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	12,8	134,2	↗
Dividende (EUR Mio)	–	65,0	↗
Dividende pro Aktie (EUR)	–	0,13	↗
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	662,4	595,3	↘
Bilanzsumme (EUR Mio)	8.534,3	7.896,3	↘
Eigenkapital (EUR Mio)	2.509,5	2.639,4	↗
Nettoverschuldung (EUR Mio) ¹	3.204,2	2.637,3	↘
Gearing (%)	127,7	99,9	↘
ROCE (%)	4,8	6,7	↗
Mitarbeiter auf Vollzeitbasis (Durchschnitt)	15.714	14.657	↘

Das Unternehmen

Größtes Telekom-
Unternehmen
Österreichs

Telekom Austria ist mit einem Umsatz von knapp EUR 4 Mrd und 14.657 MitarbeiterInnen das größte Telekommunikationsunternehmen Österreichs. Seit November 2000 notiert die Telekom Austria an der Wiener Börse und an der New York Stock Exchange.

Neue Organisationsstruktur:
Wireline
und Wireless

Die neu definierte Organisationsstruktur der Telekom Austria unterteilt das Unternehmen seit Beginn 2003 in zwei Bereiche: Der Wireline-Bereich umfasst die früheren Geschäftssegmente Festnetz, Datenkommunikation und Internet, der Wireless-Bereich die Mobilkommunikation. Über die österreichischen Grenzen hinweg ist Telekom Austria in Kroatien, Slowenien und Liechtenstein in der Mobilkommunikation und in Tschechien im Internetgeschäft tätig. Insgesamt vertrauen im In- und Ausland rund 3,0 Mio Kunden im Bereich Wireline und knapp 4,7 Mio im Bereich Mobilkommunikation auf Dienste der Telekom Austria Gruppe.



ÖIAG-Anteil
47,2 %

Strategie

Oberstes Ziel von Telekom Austria ist eine auf Cash-flow-Maximierung basierende Steigerung des Unternehmenswerts. Durch die permanente Optimierung des operativen Geschäfts und aller internen Prozesse sowie eine Minimierung der Anlagenzugänge wird eine für die Aktionäre attraktive Dividendenpolitik angestrebt. Bei zunehmender finanzieller Flexibilität beabsichtigt Telekom Austria zusätzlich, sehr selektiv auch Chancen zur wertsteigernden Expansion in den Wachstumsmärkten des Wireless-Bereichs zu nutzen.

Cash-flow-
Maximierung

Expansion

Auf operativer Ebene stellt sich im Wireline-Segment die Herausforderung, auf dem österreichischen Festnetzmarkt sowohl im Endkundenbereich (Retail) als auch im Geschäft mit den Mitbewerbern (Wholesale), welche die Netzinfrastruktur der Telekom Austria nutzen, zu reüssieren. Das Wireless-Segment setzt neben der Verteidigung der ausgezeichneten Marktposition in Österreich unverändert auf das Engagement in Wachstumsmärkten.

Verteidigung
der starken Markt-
position

Highlights 2003

- Konzentration auf das operative Geschäft
- Stabilisierung der Marktposition trotz harten Wettbewerbs
- Abflachung des Umsatzrückgangs im Geschäftssegment Wireline und erfolgreiche

Durchführung weiterer Kosteneinsparungen

- Positive Ergebnisbeiträge aus allen Mobilfunkmärkten des Wireless-Segments
- Kooperation mit Vodafone liefert erste Synergieeffekte
- Verzehnfachung des Nettoergebnisses von EUR 12,8 Mio auf EUR 134,2 Mio
- Erste Dividendenausschüttung seit dem Börsegang
- Fortsetzung des Schuldenabbaus
- Erfolgreiche Platzierung der mit EUR 750 Mio größten Unternehmensanleihe Österreichs im Juli 2003

Geschäftsentwicklung 2003

Umsatzzuwachs

Die zusammengefassten Umsatzerlöse der Telekom Austria Gruppe stiegen 2003 um insgesamt 1,6 % auf EUR 3.969,8 Mio, das bereinigte EBITDA erhöhte sich um 3,1 % auf EUR 1.509,8 Mio. Während das Wireline-Geschäft vor allem bedingt durch die Auswirkungen des beschleunigten Personalabbaus 2003 noch einen Rückgang verzeichnete, gelang im Wireless-Segment neuerlich ein zweistelliger EBITDA-Zuwachs.

Eine Reduktion der Abschreibungen und der Aufwendungen aus Wertminderungen bildete die Basis für einen Anstieg des Betriebsergebnisses um 35,4 % auf EUR 369,8 Mio. Dies reflektiert einerseits eine substantielle Reduktion des negativen Betriebsergebnisses im Wireline-Segment und andererseits einen – vor allem aufgrund der einsetzenden Abschreibung für die UMTS-Lizenz und -Ausstattung – geringeren Anstieg im Wireless-Segment.

Nettoergebnis
verzehnfacht

Das Nettoergebnis der Telekom Austria verzehnfachte sich vor diesem Hintergrund im Jahr 2003 von zuvor EUR 12,8 Mio auf EUR 134,2 Mio, der Gewinn je Aktie von EUR 0,03 auf EUR 0,27. Dieser positiven Entwicklung entsprechend schlägt der Vorstand der Hauptversammlung erstmals seit dem Börsegang im Jahr 2000 die Zahlung einer Dividende in Höhe von EUR 0,13 je Aktie vor.

Im Einklang mit ihrem strategischen Ziel einer Cash-flow-Maximierung hat die Telekom Austria ihre Anstrengungen zur Reduktion der Sachanlagenzugänge auch im Geschäftsjahr 2003 fortgesetzt. In Summe gingen die Sachanlagenzugänge um 10,1 % auf EUR 595,3 Mio zurück. Auf Basis des starken Cash-flows gelang im Geschäftsjahr 2003 auch eine weitere Reduktion der Nettofinanzverbindlichkeiten um EUR 566,9 Mio auf EUR 2.637,3 Mio. Diese Entwicklung war trotz eines Aufwands von EUR 69,7 Mio zur Erhöhung des Anteils an VIPnet von 71 % auf 99 % möglich.

Reduktion von
Anlagenzugängen
und Netto-
verschuldung

Ausblick 2004

Im Segment Wireline wird für das Jahr 2004 keine Abnahme des Trends zur Migration in Mobilnetze erwartet. Trotz der anhaltend positiven Dynamik bei Breitbandanschlüssen ist deshalb weiterhin von einem leichten, wenn auch zunehmend geringeren Umsatzrückgang auszugehen. Die Entwicklung des bereinigten EBITDA sollte jedoch dank der erfolgreichen Personalreduktion und der Kostenkontrolle stabil verlaufen. Im Wireless-Bereich hat sich der Konkurrenzkampf im österreichischen Mobilkommunikationsmarkt zu Beginn des Jahres 2004 noch weiter verschärft, sodass sich das heimische Geschäft tendenziell seitwärts entwickeln wird. Damit werden Umsatz- und Ergebniszuwächse im Wireless-Segment primär aus dem internationalen Geschäft stammen.

In Summe bedeutet dies für die Telekom Austria Gruppe im Jahr 2004 eine Verflachung der Wachstumsraten. Das zunehmende Breitbandgeschäft im Segment Wireline und das erwartete Wachstum der Datenumsätze in der Mobilkommunikation sollten jedoch in den Folgejahren eine Umkehr dieses Trends ermöglichen. Für 2004 wird vor diesem Hintergrund eine Steigerung des Gruppenumsatzes zwischen 0 % und 1 % und des bereinigten EBITDA zwischen 1 % und 2 % erwartet. Aufgrund der Verbesserung des EBITDA und weiterhin rückläufiger Abschreibungen erwartet Telekom Austria neuerlich einen überproportionalen Anstieg des Nettoergebnisses um deutlich mehr als 10 %.

Verflachung der
Wachstumsraten

Weiterer Anstieg
im Nettoergebnis

voestalpine AG

Kennzahlen	2002/03 ¹	2003/04 ¹	
Umsatz (EUR Mio)	4.391,9	3.401,5	–
EBITDA (EUR Mio)	516,1	416,2	–
EBIT (EUR Mio)	223,0	196,3	–
Ergebnis vor Steuern (EUR Mio)	122,0	171,6	–
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	78,0	106,8	–
Dividende (EUR Mio)	47,4	– ²	–
Dividende pro Aktie (EUR)	1,2	– ²	–
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	622,8	333,6	–
Bilanzsumme (EUR Mio)	4.516,7	4.533,0	–
Eigenkapital (EUR Mio)	1.785,9	1.846,1	–
Nettoverschuldung (EUR Mio)	830,6	723,1	–
Gearing (%)	46,5	39,2	–
ROCE (%)	7,1	– ²	–
Mitarbeiter auf Vollzeitbasis (Durchschnitt) ³	21.738	23.489	–

¹ Geschäftsjahr jeweils von 1. April bis 31. März; Zahlen für 2003/04 betreffen lediglich die ersten drei Quartale (April bis Dezember 2003)

² Wird unterjährig nicht ausgewiesen

³ Der Vorjahreswert entspricht der durchschnittlichen Mitarbeiterzahl inkl. Lehrlingen; im Sinne der Konsistenz in der Berichterstattung wird diese Darstellung beibehalten

Das Unternehmen

Produktion und Veredelung von Stahl

Die voestalpine-Gruppe ist ein international tätiger Stahl-, Verarbeitungs- und Dienstleistungskonzern mit Sitz in Österreich. Schwerpunkt der Aktivitäten sind die Produktion von hochwertigsten Stahlerzeugnissen und die Weiterverarbeitung von Stahl und anderen Werkstoffen zu Komponenten und Komplettsystemen. Der Fokus des Produkt- und Leistungsspektrums liegt im Bereich der Mobilität: Rund 60 % des Konzernumsatzes werden mit Lieferungen an die Automobil- und Eisenbahnindustrie erzielt. Der Konzern umfasst 23.489 Mitarbeiter, von denen rund 40 % an Produktions- und Entwicklungsstandorten außerhalb Österreichs beschäftigt sind.

Die vier operativen Einheiten des voestalpine-Konzerns gehören in ihrem jeweiligen Seg-



ÖIAG-Anteil
15,0 %

ment zu den führenden Anbietern: Der Automotive-Bereich – die Division motion – hat sich als Komplettanbieter im Bereich der Karosserie etabliert, die Division Profilform ist Europas erfolgreichster Hersteller von Spezialrohren und -profilen. Die Division Bahnsysteme ist bei Schienen, Weichen und als Full-Service-Anbieter auch im schienengebundenen Bahnfahrweg Weltmarktführer. Die Division Stahl schließlich zählt zu den Top-Lieferanten der europäischen Automobil- und Hausgeräteindustrie.

motion, Profilform, Bahnsysteme, Stahl

Deutlich mehr als 80 % des Konzernumsatzes werden im Export erzielt, wobei die Europäische Union den mit Abstand wichtigsten Markt darstellt.

Strategie

Die Strategie des voestalpine-Konzerns sieht bis zum Geschäftsjahr 2005/2006 eine Umsatzsteigerung auf mehr als EUR 5 Mrd vor, die vorrangig durch weitere Akquisitionen, zum Teil aber auch durch endogenes Wachstum erzielt werden soll. Schwerpunkte dieses Wachstums sind die Divisionen motion und Bahnsysteme und damit der weitere Ausbau der Verarbeitungsaktivitäten – primär ausgehend vom Werkstoff Stahl. Damit verbunden ist eine forcierte Erhöhung des Weiterarbeitungsanteils am Gesamtumsatz der Gruppe auf rund 60 % gegenüber einem weiteren relativen Rückgang der reinen Stahlerzeugung auf etwa 40 %. Die im Bran-

Weiteres Wachstum

Erhöhung
des Weiterver-
arbeitungsanteils

chenvergleich bereits überdurchschnittliche Ertragsstärke des voestalpine-Konzerns soll weiter gesteigert werden. Im Vordergrund stehen hier der weitere Ausbau der Marktposition in den Schwerpunktbranchen sowie eine noch stärkere Ausrichtung auf die Kompetenz bei Komplettsystemen – so etwa für die Automobilkarosserie oder den Bahnfahrweg.

Highlights 2003

- Die Division Bahnsysteme hat ihre weltweit führende Position im Weichenbereich durch zwei Akquisitionen in Nordamerika und Frankreich weiter ausgebaut. Damit ist die voestalpine nun auch in Nordamerika mit rund 45 % Marktführer bei Weichensystemen.
- Die erste Stufe des Investitionsprogramms „Linz 2010“ steht vor dem Abschluss. Rund EUR 1 Mrd wird in neue Verarbeitungsanlagen sowie die Erweiterung der Stahlkapazitäten investiert. Damit entstehen am Standort Linz etwa 500 hochqualifizierte neue Arbeitsplätze. Die umweltrechtlichen Voraussetzungen für das Projekt wurden durch den erfolgreichen Abschluss der Umweltverträglichkeitsprüfung geschaffen.
- Die Aktie der voestalpine AG hat im Jahresverlauf bis zum Frühjahr 2004 um mehr als 60 % an Wert gewonnen.

Geschäftsentwicklung 2003

Zweithöchstes
Ergebnis der
Unternehmens-
geschichte

Mit einem vom Unternehmen kommunizierten voraussichtlichen Betriebserfolg (EBIT) von mehr als EUR 230 Mio per 31. März 2004 (Ende des Geschäftsjahres 2003/2004) erreichte die voestalpine-Gruppe bei einem im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich um 5 % gestiegenen Umsatz das zweithöchste Ergebnis ihrer Unternehmensgeschichte. Sie hat damit ihre im Branchenvergleich sehr gute Ergebnisposition neuerlich bestätigt. *(Anm.: Die endgültigen Zahlen über das Geschäftsjahr 2003/2004 werden erst nach Redaktionsschluss des vorliegenden ÖIAG-Geschäftsberichts veröffentlicht.)*

Aktuelle Trends/Projekte

- Die Planungs- und Errichtungsarbeiten für die zweite Etappe des Programms „Linz 2010“, die ein Investitionsvolumen von einer weiteren Milliarde EUR umfasst, liegen im Plan. Mit diesen Investitionen wird der Standort Linz der voestalpine zu einem der führenden Stahlkompetenzzentren für die europäische Automobilindustrie ausgebaut.
- Der Automotive-Bereich der voestalpine, die division motion, hat im April 2004 eine weitere Akquisition in den Niederlanden getätigt und damit die Strategie, sich als Komplettanbieter für die Karosserie zu etablieren, konsequent fortgesetzt.
- Die Integration und Konsolidierung der in den vergangenen beiden Geschäftsjahren erworbenen Unternehmen in den Divisionen motion und Bahnsysteme wurde erfolgreich fortgesetzt.

Fortsetzung von
„Linz 2010“

VA Technologie AG

Kennzahlen	2002	2003	
Umsatz (EUR Mio)	3.871,6	3.923,3	↗
EBITDA (EUR Mio)	201,7	219,1	↗
EBIT (EUR Mio)	83,3	101,1	↗
Ergebnis vor Steuern (EUR Mio)	-90,7	-19,4	↗
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	-93,0	-15,4	↗
Dividende (EUR Mio)	-	-	-
Dividende pro Aktie (EUR)	-	-	-
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	70,8	50,6	↘
Bilanzsumme (EUR Mio)	3.646,8	3.582,6	↘
Eigenkapital (EUR Mio)	505,2	477,0	↘
Nettoverschuldung (EUR Mio)	-83,2	-238,4	↗
Gearing (%)	-16,5	-50,0	↘
ROCE (%)	0,7	2,4	↗
Mitarbeiterstand per 31. Dezember	17.725	17.478	↘

Das Unternehmen

Globale Technologie- und Servicegruppe

Die VA Technologie AG (VA TECH) hat sich in den letzten vier Jahren vom Engineering-Konglomerat mit breit gefächerter Produktpalette zu einem fokussierten globalen Technologie- und Serviceunternehmen in den Bereichen Metallurgietechnik, Energieerzeugung, Energieübertragung und -verteilung sowie Infrastruktur entwickelt.

Erfolgreiche Fokussierung

Im Zuge der Fokussierung hat sich VA TECH von Nicht-Kerngeschäften – der konventionellen Thermischen Energieerzeugung, der Umwelttechnik (Müllverbrennung, Gasreinigung), der Mechanischen Anlagentechnik sowie dem Bereich Transport- und Montagesysteme – getrennt. Durch den Veränderungsprozess der letzten Jahre basiert die Geschäftstätigkeit von VA TECH nunmehr zu 75 % auf Energie und Infrastruktur und zu 25 % auf Metallurgietechnik.

VA TECH zählt heute zu den globalen Marktführern in der Metallurgietechnik, der Energieerzeugung und der Hochspannungs-



ÖIAG-Anteil
15,0 %

energieübertragung und -verteilung. Im elektromechanischen Infrastruktur-Engineering und -service verfügt VA TECH über eine führende Position in den regionalen Kernmärkten Zentral- und Osteuropas.

Top-Position in den Kernbereichen

Regional gesehen, kann bei VA TECH klar von einem Heimmarkt Europa gesprochen werden, aus dem etwa 65 % des jährlichen Auftragsengagements stammen. Die Erweiterung der Europäischen Union bietet somit auch für VA TECH längerfristig interessantes Potenzial.

Heimmarkt Europa

Strategie und Finanzziele

Ausgehend von der Vision von VA TECH – „Sustainable solutions. for a better life“ – liegt die Strategie des Unternehmens in folgenden Schwerpunkten:

- Fokus auf Schlüsselmärkte mit hohem Wachstumspotenzial
- Ausbau des Automations- und Servicegeschäfts
- Schwerpunktsetzung auf nachhaltige Lösungen und erneuerbare Energien
- Nachhaltige Verbesserung der Ertragskraft durch effizienzsteigernde Maßnahmen

Auch die langfristigen finanziellen Ziele von VA TECH sind ehrgeizig:

- ROCE > WACC

- Operative Marge von 6 % (EBITA/Umsatz)
- Eigenkapitalquote von 20 %
- Nachhaltige Generierung von Free Cash Flows

Highlights 2003

- Operatives Ergebnis (EBIT) steigt um 22 % auf EUR 101 Mio
- Free Cash Flow und Nettoliquidität deutlich gesteigert
- Umsatz auf Vorjahresniveau
- VA TECH-Aktie legt um 65 % zu
- Signifikante Produktivitätssteigerung
- Wachstumsmärkte China sowie Zentral- und Osteuropa

Geschäftsentwicklung 2003

Position erfolgreich behauptet

In einem politisch und wirtschaftlich instabilen Umfeld hat VA TECH 2003 ihre führende Position erfolgreich behauptet und ihre Ergebnisse deutlich verbessert. Eine breite Auftragsbasis und geringere Projektgrößen führten dabei zu einer Optimierung der Risikostreuung.

Höhere Aufträge

Insgesamt konnte VA TECH ihren Auftragseingang 2003 um EUR 211 Mio auf EUR 4.336 Mio steigern. Der Auftragsstand lag zum 31. Dezember 2003 mit EUR 4.314 Mio um EUR 353 Mio über dem Niveau per Ultimo 2002. Die Kapazitäten des Konzerns sind damit über mehr als ein Jahr ausgelastet.

EBIT deutlich gesteigert

Der Umsatz des VA TECH-Konzerns lag im Berichtszeitraum mit EUR 3.923 Mio etwas über dem Vorjahreswert (2002: EUR 3.872 Mio). Besonders erfreulich verlief dabei mit einem Plus von 21 % die Entwicklung im Bereich Energieerzeugung. Positiv entwickelte sich auch das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) mit einer deutlichen Steigerung um 22 % auf EUR 101 Mio (2002: EUR 83 Mio). In diesem Wert sind Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von EUR 25 Mio bereits berücksichtigt.

Auch das Finanzergebnis der VA TECH verbesserte sich 2003 von zuvor EUR -174 Mio

auf EUR -121 Mio. Ursachen dafür waren die gestiegene Liquidität sowie niedrigere Zinsen, zusätzlich fiel die im Jahr 2002 durchgeführte Abschreibung der Beteiligung am deutschen Unternehmen Babcock Borsig Power (EUR 44 Mio) im Berichtszeitraum positiv ins Gewicht.

Der Jahresfehlbetrag des Konzerns konnte auf dieser Basis um EUR 78 Mio von zuvor EUR -93 Mio auf EUR -15 Mio verbessert werden. In diesem Ergebnis sind nicht cash-wirksame Firmenwertabschreibungen in Höhe von EUR 52 Mio enthalten (2002: EUR 46 Mio).

In Summe verfügte VA TECH zum Bilanzstichtag über eine Bruttoliquidität von EUR 824 Mio (2002: EUR 822 Mio). Da die verzinlichen Verbindlichkeiten 2003 um mehr als 20 % auf EUR 586 Mio reduziert werden konnten (2002: EUR 739 Mio), erhöhte sich die Nettoliquidität deutlich auf EUR 238 Mio (2002: EUR 83 Mio). Damit weist der Konzern keine Verschuldung auf, der Verschuldungsgrad (Gearing) liegt bei -50 %. Dank aktiven und konsequenten Cash-Managements im gesamten Konzern verzeichnete auch der Free Cash Flow mit einer Steigerung auf EUR 185 Mio (2002: EUR 101 Mio) eine sehr gute Entwicklung.

VA TECH zu Jahresende ohne Verschuldung

Ausblick 2004

Angesichts günstigerer Prognosen für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2004 ist auch eine Verbesserung des Investitionsverhaltens für Kapitalgüter zu erwarten. Anzeichen dafür waren bereits im 4. Quartal 2003 spürbar. Weiterhin wird dabei Asien, allen voran China, überproportional zum globalen Wachstum beitragen. Dies führt v.a. im metallurgischen Anlagenbau zu einem vorsichtigen Optimismus. Daneben birgt die anhaltende Wachstumsdynamik in Zentral- und Osteuropa für alle VA TECH Unternehmensbereiche hohes Potenzial. VA TECH rechnet daher auch für 2004 mit einer stabilen Auftrags- und Umsatzentwicklung in der Größenordnung des Vorjahres. Ferner ist eine Verbesserung der Ergebnissituation zu erwarten.

Vorsichtig optimistische Einschätzung

ÖIAG-Bergbauholding AG

Kennzahlen	2002	2003	
Umsatz (EUR Mio)	65,8	65,3	↘
EBITDA (EUR Mio)	6,4	13,1	↗
EBIT (EUR Mio)	3,6	10,5	↗
Ergebnis vor Steuern (EUR Mio)	8,1	16,2	↗
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	3,6	10,7	↗
Dividende (EUR Mio)	3,2	9,0	↗
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	1,4	1,8	↗
Bilanzsumme (EUR Mio)	203,6	213,8	↗
Eigenkapital (EUR Mio)	78,2	85,7	↗
Nettoverschuldung (EUR Mio)	-5,0	-4,2	↗
Gearing (%)	-6,4	-4,9	↗
ROCE (%)	4,6	13,0	↗
Mitarbeiterstand auf Vollzeitbasis (Durchschnitt)	419	390	↘

Unternehmen und Strategie

Branchenholding
für Bergbau

Neben der nachhaltigen Sicherung der Produktion von Mischerz und der auslaufenden Gewinnung von Braunkohle verfolgt die ÖIAG-Bergbauholding AG (ÖBAG) als Branchenholding die Durchführung der gesetzlich verankerten Schließungs- und Sicherungsmaßnahmen samt Rekultivierung und damit den geordneten Rückzug der ÖIAG aus dem Bergbaubereich.

Erzberg,
weststeirisches
Kohlerevier

Der Verantwortungsbereich der ÖBAG umfasst damit im Wesentlichen den steirischen Erzberg sowie das weststeirische Braunkohlerevier mit den ehemaligen Bergbauen in Bad Bleiberg, Wolfsberg und Wies-Eibiswald.

Kompetenz-
zentren für Kohle
und Erz

Um die langfristige Kompetenz sicherzustellen, setzt die ÖBAG dabei seit Jahren auf die Bündelung ihrer Aktivitäten in Kompetenzzentren. In diesem Sinn besteht ein Kompetenzzentrum für Kohle bei der GKB-Bergbau und eines für Erz bei der VOEST-ALPINE Erzberg. Dieser Weg wurde auch im Berichtszeitraum fortgeführt.



ÖIAG-Anteil
100,0 %

Highlights 2003

- Im Rahmen eines für die beiden Jahre 2003 und 2004 aufgestellten Gewinnungs- betriebsplans wurde bei der GKB-Bergbau GmbH bereits ein Großteil der Schließungs- und Sicherungsmaßnahmen bewältigt.
- Bei der Bleiberger Bergwerksunion AG i.L. (BBU) ist die zehnjährige Phase der Liquidation im November 2002 aufgehoben worden, nach der plangemäßen Umwandlung der Aktiengesellschaft in eine GmbH erfolgte im März 2003 die Fusion der BBU als übertragende Gesellschaft mit der VOEST-ALPINE Erzberg GmbH als übernehmende Gesellschaft.
- Die Braunkohle der GKB-Bergbau GmbH wurde vorrangig an das Kraftwerk Voitsberg 3 der VERBUND-Austrian Thermal Power (ATP) sowie in geringem Umfang an einen industriellen Kunden aus der Papiersparte abgesetzt. In Summe betrug die Verkaufsmenge 1,1 Mio t und lag damit etwa auf dem Niveau des Vorjahres.
- Auf knapp 2,2 Mio t gesteigert werden konnte hingegen im Berichtszeitraum die Absatzmenge des Erzbergs. Positiv ausgewirkt hat sich hier die erhöhte Nachfrage des heimischen Stahlerzeugers voestalpine mit seinen Hüttenwerken Linz – hier besonders wegen des 2004 neu zuzustellenden Hochofens A – und Donawitz.

Geschäftsentwicklung 2003

Exzellentes
Ergebnis im
Bereich Kohle

Bei einem Umsatz von EUR 42,1 Mio erzielte die GKB-Bergbau GmbH in Bärnbach aufgrund des insgesamt positiven Geschäftsverlaufs mit EUR 14,7 Mio 2003 das beste Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit seit ihrem Bestehen. Nach bilanziellen Maßnahmen erfolgt die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von EUR 11,0 Mio an die ÖBAG. Der Mitarbeiterstand der GKB-Bergbau GmbH zum 31. Dezember 2003 sank in Folge konsequenter Personalmaßnahmen im Jahresvergleich von 236 auf 211.

Erzberg erneut mit
Umsatzsteigerung

Die VOEST-ALPINE Erzberg GmbH in Eisen-erz konnte ihren Umsatz im Berichtszeitraum auf EUR 23,2 Mio erneut steigern. Deutlich positiv war auch wieder das operative Ergebnis, vom Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von EUR 2,1 Mio wird nach Bilanzbewegungen eine Dividende in Höhe von EUR 1,0 Mio an die ÖBAG abgeführt. Die Zahl der Mitarbeiter hat sich bis Jahresende 2003 auf 160 reduziert und nähert sich damit dem leistungsbedingt möglichen Minimum.

Die Minderheitsbeteiligung BMG Metall- und Recycling GmbH in Arnoldstein hat trotz volatiler Entwicklung der internationalen Bleipreise erwartungsgemäß positive Ergebnisse geliefert. Die anteilige Gewinnausschüttung an die ÖBAG (26 %) beträgt ca. TEUR 160.

nächsten Jahre alle erforderlichen Schließungs- und Sicherungsaktivitäten durchführen und damit die Voraussetzungen für die sogenannte Heimsagung der Bergwerksberechtigungen schaffen. Die endgültige Heimsagung der Bergrechte wird aus heutiger Sicht allerdings noch andauern. Parallel dazu werden die gegenüber der ATP aus dem Belieferungszeitraum September 2000 bis September 2001 noch bestehenden Forderungen der GKB-Bergbau GmbH bei Nichtbegleichung weiter gerichtlich betrieben.

Die VOEST-ALPINE Erzberg GmbH strebt eine Vertragsunterzeichnung zu der bereits bestehenden Option für eine fortgesetzte Belieferung der voestalpine ab 2008 an. Das Unternehmen setzt dabei auf die ständige Beachtung der innerbetrieblichen Kostensituation, um den internationalen Marktanforderungen entsprechen zu können.

Die Nachfrage der Wettbewerbskommission der EU bei der Republik Österreich bezüglich der aus Sicht der VOEST-ALPINE Erzberg GmbH zu Recht erhaltenen Schließungsbeihilfe wird derzeit geklärt.

Der 26%-Anteil an der BMG Metall- und Recycling GmbH soll kurzfristig veräußert werden. Derzeit werden mit dem Mehrheitsgesellschafter entsprechende Verhandlungen geführt.

Erzlieferungen
für voestalpine

Ausblick 2004

Schrittweise
Schließung des
Braunkohle-
bergbaus

Bei der GBK-Bergbau GmbH enden mit 30. Juni 2004 die vertraglich fixierten Kohlelieferungen an die VERBUND-Austrian Thermal Power (ATP), nach diesem Zeitpunkt erfolgt nur noch die mit maximal 30. Juni 2005 befristete Auslieferung der ATP-eigenen Kohle. Im Hinblick darauf wurde im 1. Quartal 2004 ein Sozialplan zu den erforderlichen Personalmaßnahmen abgeschlossen, parallel dazu wurde der Personalstand auf 140 Mitarbeiter gesenkt.

Bei laufend weiter sinkendem Personalstand wird die GKB-Bergbau GmbH während der

Österreichische Post AG

Kennzahlen	2002	2003	
Umsatz (EUR Mio)	1.571,7	1.644,6	↗
EBITDA (EUR Mio)	100,6	145,3	↗
EBIT (EUR Mio)	-7,6	15,7	↗
Ergebnis vor Steuern (EUR Mio)	-1,9	28,5	↗
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	-2,5	16,9	↗
Dividende (EUR Mio)	36,3	36,0	↘
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	105,6	59,1	↘
Bilanzsumme (EUR Mio)	1.631,8	1.617,9	↘
Eigenkapital (EUR Mio)	713,2	692,2	↘
Nettoverschuldung (EUR Mio)	-168,4	-261,1	↘
Gearing (%)	-23,6	-37,7	↘
ROCE (%)	0,6	2,7	↗
Mitarbeiterstand auf Vollzeitbasis (Durchschnitt)	29.558	27.713	↘

Das Unternehmen

Österreichs führender Postdienstleister

Die Österreichische Post AG ist Österreichs führender Dienstleister in der Postbeförderung. Sie wurde am 3. März 1999 rechtlich verselbstständigt. Zu den Hauptgeschäftsbereichen der Österreichischen Post AG zählen die Leistungen des Post- und Paketdienstes sowie die Abwicklung von Finanzgeschäften in Kooperation mit dem langjährigen Partner Postsparkasse.

Fünf Geschäftsfelder

Seit 2002 weist die Österreichische Post AG eine Divisionalstruktur auf und ist in die fünf Geschäftsfelder Brief, Filialnetz, Infomail, KEP (Kurier Express Paket) und Medienpost gegliedert. Sie wurden im Hinblick auf Kundenbedürfnisse, Markt- und Wettbewerbsumfeld sowie klare und transparente Abgrenzung der Verantwortung festgelegt. Die Geschäftsfelder tragen jeweils die Verantwortung für ihre Produkte und damit für Kunden sowie Umsatz und Spartenergebnis.



ÖIAG-Anteil
100,0 %

Strategie

Langfristig ist eine strukturelle Veränderung des Marktes der Österreichischen Post AG zu erwarten – hervorgerufen durch Sparmaßnahmen und die Substitution durch elektronische Kommunikationsmittel. Dies bedeutet insgesamt: Der Kostendruck steigt und muss durch Kostenreduktion und Effizienzsteigerung ausgeglichen werden. Die Österreichische Post AG reagiert darauf mit einem forcierten Kostensenkungsprogramm, das auf eine möglichst hohe Flexibilisierung der Kosten abzielt. Gleichzeitig wird die Effizienz durch die bereits angelaufenen Umstrukturierungsprojekte, Qualitätsprogramme sowie Investitionen in State-of-the-art-Technologie laufend gesteigert.

Steigender Kostendruck

Kostensenkung und Flexibilisierung

Highlights 2003

- Hochmoderne Logistikzentren steigern Qualität und Produktivität; ihr Ausbau wurde plangemäß fortgeführt
- Effizienzsteigerung durch Neustrukturierung der Brief- und Paketzustellung
- Schnellere Laufzeiten durch Investitionen in Logistik, Restrukturierungen und ein durchgängiges Programm zur Qualitätskontrolle
- Beginn der kommerziellen Nutzung des Adress-Know-hows der Österreichischen Post AG

Geschäftsentwicklung 2003

Umsatzsteigerung
in allen Bereichen

Der Umsatz der Österreichischen Post Gruppe konnte 2003 mit EUR 1.644,6 Mio gegenüber dem Vorjahr erneut gesteigert werden, die Betriebsleistung lag mit EUR 1.716,3 Mio ebenfalls über dem Vorjahreswert. Dabei haben sich die Umsätze in allen fünf Geschäftsfeldern erhöht. Weiterhin stammte der größte Anteil am Gruppenumsatz mit EUR 734,2 Mio aus dem Geschäftsfeld Brief.

Positives EGT
und EBIT

Positiv entwickelten sich auch das EGT und das EBIT der Österreichischen Post Gruppe, die 2003 beide in den positiven Bereich zurückkehrten: So betrug das EGT im Jahr 2003 EUR 28,5 Mio, das EBIT erreichte einen Wert von EUR 15,7 Mio.

Der Personalstand der Österreichischen Post Gruppe konnte im Berichtszeitraum um 1.845 Vollzeitkräfte verringert werden und lag damit im Jahr 2003 im Schnitt bei 27.713 Vollzeitkräften.

Aktuelle Trends/Projekte

Automatisierte
Logistikzentren

Automatisierte Logistikzentren sind eine wesentliche Voraussetzung für die Erhöhung der Produktivität der Österreichischen Post AG bei gleichzeitiger Qualitätssteigerung. Das mit Investitionen von insgesamt EUR 276 Mio größte Investitionsprojekt der Österreichischen Post AG ist vor diesem Hintergrund die Errichtung bzw. der Ausbau von sechs automatisierten Briefzentren. Dieses Großvorhaben wurde auch im Berichtszeitraum in unverminderter Intensität fortgeführt. So begannen im Herbst 2003 die Bauarbeiten am Logistikzentrum Kärnten in Villach-St. Magdalen, für das Logistikzentrum im Raum Tirol/Vorarlberg erfolgte die Suche nach einem geeigneten Grundstück. Parallel dazu werden die acht Paketverteilzentren modernisiert: In Villach wurde mit dem Bau eines neuen Verteilzentrums begonnen, in Wien liefen die Planungen für ein neues Verteilzentrum an.

Im Rahmen des Projekts „Distribution Neu“ reduziert die Österreichische Post AG die Zustellstandorte des Geschäftsfelds Brief auf ein Drittel – und damit auf rund 450 Zustellbasen. Mit Ende 2003 war dieses Projekt bereits zu 90 % umgesetzt. Auch die Paketzustellung erfolgt vermehrt von eigenen größeren Zustellstandorten.

„Distribution Neu“

Neben der Optimierung der Dienste in ihrem Heimmarkt expandiert die Österreichische Post AG in die südöstlichen und östlichen Nachbarländer Österreichs. Ein wichtiger Schritt ist hier im Geschäftsjahr 2003 gelungen: Über ihr Tochterunternehmen Post International Beteiligungs GmbH erwarb die Österreichische Post AG die kroatische Overseas Trade d.o.o. Sie erbringt klassische KEP-Services sowie Speditionsleistungen und nimmt mit einem Marktanteil von 18 % die zweite Position in Kroatien ein.

Akquisition
in Kroatien

Um die Laufzeiten von Briefsendungen auf das ab 2004 von der Universaldienstverordnung geforderte Niveau zu bringen, hat die Österreichische Post AG im Geschäftsjahr eine bereichsübergreifende Qualitätsoffensive gestartet. Eines ihrer zentralen Elemente ist ein neu installiertes Monitoring-System, das den Verantwortlichen jeder Region einen detailgetreuen Überblick über etwaige Schwachstellen entlang der gesamten Prozesskette liefert.

Qualitätsoffensive

Ausblick 2004

Die Österreichische Post AG setzt ihren von Restrukturierung, Sparmaßnahmen, gezielten Investitionen und der Expansion in Wachstumsbereiche geprägten Weg auch 2004 konsequent fort. Qualitätssteigerung, Marktführerschaft und Rationalisierung stehen dabei weiterhin im Mittelpunkt. Einen weiteren Schwerpunkt wird die internationale Vernetzung bilden: Mit Hilfe von Kooperationen und sektoralen Partnerschaften wird die Österreichische Post AG ihre Präsenz in wichtigen Auslandsmärkten verstärken, um auch für den laufend an Bedeutung gewinnenden Markt des grenzüberschreitenden Postverkehrs gerüstet zu sein.

Optimierung
und Expansion

Das Ja

hr **2003**

hr **2003**

Lagebericht

Die Aufgaben der ÖIAG

Aufgrund des ÖIAG-Gesetzes 2000 (BGBl. I Nr. 24/2000) hatte die ÖIAG im Berichtsjahr 2003 im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- **Privatisierungsmanagement:** Privatisierung jener Unternehmen, deren Anteile der ÖIAG übertragen sind.
- **Beteiligungsmanagement:** Ausübung der Anteilsrechte bei Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist; die ÖIAG ist unter bestimmten Umständen berechtigt, zusätzliche Anteile an Beteiligungsgesellschaften zu erwerben oder sich an Kapitalerhöhungen zu beteiligen.

Diese Aufgaben blieben auch durch die Novelle 2003 zum ÖIAG-Gesetz (erfolgt im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2003, BGBl. I Nr. 71/2003) im Wesentlichen unverändert. Die Kriterien für Privatisierungsentscheidungen bzw. das Beteiligungsmanagement wurden jedoch konkretisiert:

So sollen Privatisierungen zu einer möglichst hohen Wertsteigerung des Unternehmens führen und dadurch auch langfristig sichere Arbeitsplätze in Österreich schaffen bzw. erhalten und möglichst hohe Erlöse für den Eigentümer erbringen. Weiters sollen die Entscheidungszentralen und die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der zu privatisierenden Unternehmen wenn möglich in Österreich gehalten und die Interessen des österreichischen Kapitalmarkts berücksichtigt werden.

Im Rahmen des Beteiligungsmanagements stehen die Sicherung Österreichs als Wirtschafts- und Forschungsstandort, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Wertsteigerung der Beteiligungsgesellschaften im Vordergrund.

Weiters wurde es mit der Novellierung des ÖIAG-Gesetzes möglich, eine Dividende an den Eigentümer Republik Österreich auszuschütten. In den Vorschlag für die Gewinnverteilung ist eine Vorschaurechnung aufzunehmen, in welchem Ausmaß Privatisierungserlöse für das laufende und das folgende Geschäftsjahr für Zinsenzahlungen auf Grundlage einer vorsichtigen Finanz-

planung benötigt werden. Der Bilanzgewinn unterliegt den allgemeinen aktienrechtlichen Bestimmungen über die Gewinnverteilung.

Basierend auf dem ÖIAG-Gesetz 2000 hatte die ÖIAG im Jahr 2000 von der Bundesregierung einen Privatisierungsauftrag erhalten, der mit Ausnahme der vollständigen Abgabe der Telekom Austria AG, an der die ÖIAG nach wie vor einen Anteil von 47,2 % hält, zur Gänze erfüllt worden war. Weiters hatte die Bundesregierung die ÖIAG mit Ministerratsbeschluss vom 14. Mai 2002 beauftragt, die Anteile an der Österreichischen Postbus AG an die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) abzugeben. Der Verkauf wurde im September 2002 vertraglich vereinbart und – nach Erteilung der erforderlichen kartellrechtlichen Genehmigung – im September 2003 mit dem Closing abgeschlossen.

Im Jahr 2003 erhielt die ÖIAG einen neuen Privatisierungsauftrag. Dieser Privatisierungsauftrag – erteilt von der Bundesregierung im Sinn des § 7 Abs 1 ÖIAG-Gesetz 2000 in der a.o. Hauptversammlung vom 9. Mai 2003 und konkretisiert in der a.o. Hauptversammlung vom 4. Juli 2003 – lautet auf die vollständige Abgabe folgender Unternehmen bzw. Unternehmensanteile:

- BÖHLER-UDDEHOLM AG
- VA Technologie AG
- voestalpine AG
- ÖIAG-Bergbauholding AG

Für die Telekom Austria AG ist die Privatisierung bis zu 100 % anzustreben. Für die Österreichische Post AG soll in einem ersten Schritt ein strategischer Partner gesucht werden.

Umfeld

Während sich das konjunkturelle Umfeld im Jahr 2003 weltweit weiterhin eher gedämpft entwickelte, zeigten die Kapitalmärkte vor allem im 2. Halbjahr 2003 deutliche Anzeichen einer Erholung. Der ÖIAG ist es gelungen, diesen positiven Trend für die

Durchführung mehrerer erfolgreicher Transaktionen zu nutzen. Dabei bediente sich die Gesellschaft neuer, auf dem Markt angebotener risikoarmer Privatisierungs- und Finanzierungsinstrumente (Exchangeable Notes).

Die Beteiligungsgesellschaften der ÖIAG selbst – international gesehen kleine bzw. mittelgroße Unternehmen – waren durch die weltweit schwache Konjunktur weiterhin vor schwierige Herausforderungen gestellt, die sie jedoch zumeist erfolgreich bewältigten. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der Wertentwicklung des ÖIAG-Portfolios.

Aktivitäten 2003

Im Juli und August 2003 erfolgte die Abgabe von insgesamt 9 % der Aktien der VA Technologie AG über die Börse. Die ÖIAG reduzierte damit ihren Anteil von zuvor 24 % auf 15 %. Der Erlös aus dem Verkauf dieser Aktien betrug EUR 33,3 Mio, der erzielte Preis pro Aktie erreichte im Schnitt EUR 24,7.

Ebenfalls im August 2003 begab die ÖIAG als erstes österreichisches Unternehmen eine Umtauschanleihe (Exchangeable Notes) auf 5 % bzw. 25 Mio Stück der Aktien der Telekom Austria AG. Das Volumen der Anleihe betrug EUR 325 Mio, die Laufzeit erstreckt sich bis August 2006. Die Verzinsung wurde mit 1,125 %, der Umtauschpreis mit EUR 13 festgelegt. Die Anleihe ist an der Luxemburger Börse gelistet.

Am 15. September 2003 erfolgte das Closing für die Abgabe von 100 % der Aktien der Postbus AG an die ÖBB. Diese Abgabe war bereits im September 2002 vertraglich vereinbart und danach einer kartellrechtlichen Prüfung unterzogen worden. Der Erlös aus dem Verkauf der Postbus AG betrug EUR 119,2 Mio.

Zwei weitere erfolgreiche Transaktionen des Berichtsjahres betrafen die voestalpine AG. Im September 2003 wurden insgesamt 19,7 % der Aktien über die Börse verkauft. Davon wurden 15,9 % zu einem Preis von EUR 32,50 pro Aktie an Retail- und institutionelle Investoren abgegeben, 3,8 % gingen zu einem begünstigten Preis von EUR 28,28 an die voestalpine Mitarbeiterstiftung. In Summe betrug der Erlös aus dem Aktienverkauf EUR 246,5 Mio.

Parallel zur Aktienemission wurde eine Umtauschanleihe (Exchangeable Notes) auf die verbleibenden im ÖIAG-Eigentum stehenden 15 % der voestalpine-Aktien begeben. Das Transaktionsvolumen betrug EUR 245,2 Mio, der Umtauschpreis wurde mit EUR 41,275 festgelegt. Verzinst ist diese Anleihe mit 1,5 %, sie läuft bis Oktober 2006 und notiert an der Wiener Börse.

Schließlich hat die ÖIAG im November 2003 ihren gesamten 25%-Anteil an der BÖHLER-UDDEHOLM AG über die Börse privatisiert. Der Erlös aus der Abgabe dieser Aktien betrug EUR 133,4 Mio.

In Summe hat die ÖIAG damit aus dem Verkauf von Anteilen EUR 532,4 Mio Erlös, das Volumen der beiden Umtauschanleihen erreichte EUR 570,2 Mio. Insgesamt beträgt das Volumen aller im Jahr 2003 durchgeführten Transaktionen EUR 1.102,6 Mio.

Sehr erfolgreich verliefen im Berichtszeitraum weiterhin die Initiativen der ÖIAG, im Rahmen des Beteiligungsmanagements die Wertsteigerung der einzelnen Portfoliounternehmen zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit dem international renommierten Beratungsunternehmen Stern Stewart & Co. wurde das bereits 2001 bei einzelnen Beteiligungsunternehmen etablierte, auf die Steigerung des EVA (Economic Value Added) abgestellte Steuerungs- und Vergütungssystem weiter ausgebaut. Durch die in den Beteiligungsunternehmen konsequent verfolgte Wertsteigerungsstrategie konnte für das ÖIAG-Portfolio 2003 erneut ein EVA-Zuwachs von rund EUR 250 Mio erzielt werden.

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, über die gesondert zu berichten ist.

ÖIAG-Portfolio trotz Anteilsverkäufen mit stabilem Wert

Trotz der oben genannten Privatisierungen ist der Wert des ÖIAG-Portfolios in den letzten beiden Jahren weitgehend unverändert geblieben. Zum 31. Dezember 2003 repräsentierte das Portfolio aller ÖIAG-Beteiligungen einen Gesamtwert von rund EUR 4,55 Mrd. Der Wert der ÖIAG-Anteile an börsennotierten Gesellschaften 2003 zeigte trotz der Abgabe von Anteilen an BÖHLER-UDDEHOLM AG, VA Technologie AG und voestalpine AG einen leichten Zuwachs.

Deutlich verbessert hat sich 2003 die Nettoverschuldung, die gegenüber 2002 von EUR 2,04 Mrd auf rund EUR 1,74 Mrd reduziert werden konnte. Daraus ergibt sich eine Überdeckung der Nettoverbindlichkeiten durch den Portfoliowert in Höhe von EUR 2,81 Mrd bzw. 162 %. Dieser Wert hatte 2002 noch 129 % betragen.

Seit dem Jahr 2000 konnte die Überdeckung – sie hatte damals ein Volumen von EUR 1,84 Mrd erreicht – aufgrund der Erfolge der ÖIAG im Beteiligungsmanagement um beachtliche rund 53 % gesteigert werden. Auch im Verhältnis zum bestehenden

Schuldenstand wurde eine deutliche Verbesserung erzielt: Während die Überdeckung im Jahr 2000 noch knapp 58 % betrug, stieg sie mittlerweile auf die erwähnten 162 %.

Ergebnis 2003

Wichtigste ergebnisrelevante Faktoren für die ÖIAG waren im abgelaufenen Geschäftsjahr 2003:

- Die Erlöse aus Privatisierungen betragen im Berichtsjahr insgesamt EUR 532,4 Mio (Privatisierungserlöse 2002: EUR 27,8 Mio) und betrafen ausschließlich die zuvor genannten Unternehmen.
- Aus Umtauschanleihen sind der ÖIAG insgesamt EUR 570,2 Mio zugeflossen.
- Die Bilanzierung von Nachschussverpflichtungen an die Allgemeine Pensionskasse (APK) für leistungsorientierte Pensionszusagen aus der ehemaligen Verstaatlichten Industrie belastete das Ergebnis mit rund EUR 5,3 Mio.
- Für Sanierungsmaßnahmen beim Alt-Bergbau LAKOG wurden in der Bilanz EUR 1,8 Mio zusätzlich rückgestellt.
- Im Berichtszeitraum betrug der durchschnittliche Personalstand der ÖIAG 48 Personen und konnte gegenüber dem Vorjahr um 4 % reduziert werden.
- Mit knapp 2,5 % des Transaktionsvolumens liegen die angefallenen Transaktionskosten deutlich unter dem internationalen Durchschnitt.

Der Jahresabschluss der ÖIAG zum 31. Dezember 2003 weist einen Jahresüberschuss von EUR 19,7 Mio aus (2002: Jahresfehlbetrag von EUR 79,8 Mio). Nach Auflösung von Rücklagen beträgt der Bilanzgewinn EUR 100,0 Mio. Der Vorstand schlägt vor, diesen Betrag als Dividende für das Jahr 2003 auszuschütten.

Die Bilanzsumme der ÖIAG hat sich im Verlauf des Jahres 2003 um insgesamt EUR 189,8 Mio bzw. 3,5 % auf EUR 5.274,3 Mio verringert, der Buchwert der Beteiligungen ging aufgrund der im Berichtsjahr durchgeführten Privatisierungen von EUR 2.826,7 Mio auf EUR 2.508,3 zurück.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden durch Tilgungen im Ausmaß von rund EUR 357,4 Mio reduziert. Überdies konnten aufgrund der Privatisierungen das Gesellschafterdarlehen der Republik Österreich sowie Refundierungsverbindlichkeiten im Ausmaß von insgesamt EUR 206,6 Mio verringert werden.

Das Eigenkapital hat sich auf Basis der Ergebnisentwicklung 2003 sowie aufgrund der an die Republik Österreich ausgeschütteten Dividende von EUR 200 Mio von EUR 2.631,1 Mio auf EUR 2.450,8 Mio verringert. Die Eigenkapitalquote lag damit zum Bilanzstichtag bei 46,5 % (31. 12. 2002: 48,2 %).

Ausblick

Die Aufgaben der ÖIAG im Geschäftsjahr 2004 ergeben sich weiterhin aus dem ÖIAG-Gesetz sowie aus dem daraus abgeleiteten, von der Bundesregierung jeweils für eine Legislaturperiode beschlossenen Privatisierungsauftrag.

Von dem im Jahr 2003 von der Österreichischen Bundesregierung für die laufende Legislaturperiode erteilten Privatisierungsauftrag steht noch die 100 %-ige Abgabe der Beteiligungen an folgenden Gesellschaften an:

- VA Technologie AG
- voestalpine AG
- ÖIAG-Bergbauholding AG

Des Weiteren sieht der Privatisierungsauftrag die Abgabe von bis zu 100 % der Beteiligung an der Telekom Austria AG sowie die Suche nach einem strategischen Partner für die Österreichische Post AG als ersten Schritt vor.

Die ÖIAG hat die Abgabe dieser Beteiligungen entsprechend den Auflagen des ÖIAG-Gesetzes und des Privatisierungsauftrags der Bundesregierung vorzunehmen.

Im Rahmen des Beteiligungsmanagements wird die bereits in der Vergangenheit erfolgreiche Wertsteigerungsstrategie konsequent weitergeführt, sodass für das ÖIAG-Portfolio auch für 2004 von einem weiteren wesentlichen EVA-Zuwachs ausgegangen werden kann.

Abhängig vom Volumen und der Zeitfolge der künftigen Privatisierungen wird die ÖIAG auch den Kurs ihrer weiteren Entschuldung bis zur Ende der Legislaturperiode in 2006 fortsetzen.

Wien, am 7. Mai 2004

Der Vorstand

Dr. Peter Michaelis e. h.

Dipl. Ing. Rainer Wieltch e. h.

Bilanz zum 31. Dezember 2003

Aktiva	EUR	EUR	Stand 31. 12. 2003 EUR	Stand 31. 12. 2002 TEUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Konzessionen, Rechte		300.809,48		385
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund, davon Grundwert EUR 3.170.808,73 (2002: TEUR 3.198)	3.170.808,73			3.198
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	507.785,88			732
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	8.610,00			0
		3.687.204,61		3.930
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	2.508.258.910,55			2.826.657
2. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	25.518.271,14			25.559
3. Sonstige Ausleihungen	9.386,90			32
		2.533.786.568,59		2.852.248
			2.537.774.582,68	2.856.563
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	33.539,21			34
2. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	48.110,70			353
3. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	178.446.649,77			10.026
		178.528.299,68		10.413
II. Sonstige Wertpapiere und Anteile		327.708.661,16		213.711
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		417.180.753,43		405.429
			923.417.714,27	629.553
C. Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden davon Vorauszahlung EUR 405.656,44			1.813.040.987,33	1.977.872
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
1. Disagio, Fremdkapitalbeschaffungskosten		10.219,00		15
2. Sonstige		25.297,25		34
			35.516,25	49
			5.274.268.800,53	5.464.037

Passiva			Stand	Stand
	EUR	EUR	31. 12. 2003 EUR	31. 12. 2002 TEUR
A. Eigenkapital				
I. Grundkapital		363.365.000,00		363.365
II. Kapitalrücklagen				
1. Gebundene	1.780.062.343,28			1.780.062
2. Nicht gebundene	171.039.982,38			190.244
		1.951.102.325,66		1.970.306
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage	36.336.417,08			36.337
2. Andere Rücklagen (freie Rücklagen)	0,00			0
		36.336.417,08		36.337
IV. Bilanzgewinn davon Gewinnvortrag EUR 0,00 (2002: TEUR 340.708)		100.000.000,00		261.097
			2.450.803.742,74	2.631.105
B. Sonstige unversteuerte Rücklagen			62,14	36
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Abfertigungen		1.836.575,00		1.348
2. Rückstellungen für Pensionen		2.812.997,00		1.730
3. Sonstige Rückstellungen		122.970.940,37		121.967
			127.620.512,37	125.045
D. Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden			1.812.635.330,89	1.977.872
E. Verbindlichkeiten				
1. Nachrangiges Gesellschafterdarlehen		26.269.305,34		67.619
2. Anleihen (Exchangeable Notes)		570.200.000,00		0
3. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		254.260.848,11		611.659
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.938.739,34		2.900
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		19.395.848,67		29.573
6. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern EUR 11.382,39 (2002: TEUR 11) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 61.904,61 (2002: TEUR 66)		11.144.410,93		18.228
			883.209.152,39	729.979
			5.274.268.800,53	5.464.037
Haftungsverhältnisse			0,00	0

Anlagevermögen

gemäß § 226 (1) HGB per 31. Dezember 2003

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten			
	Stand 1. 1. 2003	Zugänge	Abgänge	Stand 31. 12. 2003
	EUR	EUR	EUR	EUR
Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Konzessionen, Rechte	672.506,17	136.501,51	54.198,22	754.809,46
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund				
a) Bebaute Grundstücke				
Gebäudewert	117.388,56	0,00	0,00	117.388,56
b) Unbebaute Grundstücke	3.212.628,13	0,00	26.795,35	3.185.832,78
	3.330.016,69	0,00	26.795,35	3.303.221,34
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.956.605,05	89.676,00	86.556,16	2.959.724,89
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	0,00	8.610,00	0,00	8.610,00
	6.286.621,74	98.286,00	113.351,51	6.271.556,23
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	3.979.338.708,98	49.251,95	328.700.025,81	3.650.687.935,12
2. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	25.912.694,60	0,00	0,00	25.912.694,60
3. Sonstige Ausleihungen	31.915,46	0,00	22.528,56	9.386,90
	4.005.283.319,04	49.251,95	328.722.554,37	3.676.610.016,62
Summe	4.012.242.446,95	284.039,46	328.890.104,10	3.683.636.382,31

Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31. 12. 2003	Buchwert 31. 12. 2002	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
453.999,98	300.809,48	385.730,75	221.079,69	0,00
117.388,56	0,00	0,00	0,00	0,00
15.024,05	3.170.808,73	3.197.604,08	0,00	0,00
132.412,61	3.170.808,73	3.197.604,08	0,00	0,00
2.451.939,01	507.785,88	732.134,22	298.590,81	0,00
0,00	8.610,00	0,00	0,00	0,00
2.584.351,62	3.687.204,61	3.929.738,30	298.590,81	0,00
1.142.429.024,57	2.508.258.910,55	2.826.657.104,73	10.091.830,69	0,00
394.423,46	25.518.271,14	25.558.804,22	58.775,58	18.242,50
0,00	9.386,90	31.915,46	0,00	0,00
1.142.823.448,03	2.533.786.568,59	2.852.247.824,41	10.150.606,27	18.242,50
1.145.861.799,63	2.537.774.582,68	2.856.563.293,46	10.670.276,77	18.242,50

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit von 1. Jänner 2003 bis 31. Dezember 2003

	2003		2002	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse		305.052,71		183
2. Sonstige betriebliche Erträge				
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	32.071,12		13.081	
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	369.975,18		268	
c) Übrige	2.571.237,04	2.973.283,34	2.595	15.944
3. Personalaufwand				
a) Gehälter	5.447.286,38		4.980	
b) Aufwendungen für Abfertigungen	600.237,96		344	
c) Aufwendungen für betriebliche Mitarbeitervorsorge iSd BMVG	552,74		0	
d) Aufwendungen für Altersversorgung	6.859.176,12		19.972	
e) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	923.366,58		870	
f) Sonstige Sozialaufwendungen	119.048,45	-13.949.668,23	113	-26.279
4. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-519.670,50		-651
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Steuern, soweit sie nicht unter Z 17 fallen	37.388,89		17	
b) Übrige	26.545.185,45	-26.582.574,34	22.410	-22.427
6. Zwischensumme aus Z 1 bis 5 (Betriebserfolg)		-37.773.577,02		-33.230
7. Erträge aus Beteiligungen		95.465.676,50		98.595
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1.146.440,00		1.140
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		17.450.825,16		26.997
10. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens		218.311.878,36		813
11. Aufwand aus dem Genussrechtsanspruch des Bundes		-164.831.361,10		0
12. Kursgewinne/-verluste aus dem Finanzbereich		17.651.409,66		-8.749
13. Aufwendungen aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens				
a) Abschreibungen	61.226,26		18	
b) Aufwendungen aus Beteiligungen	10.091.830,69	-10.153.056,95	34.584	-34.602
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-117.366.249,67		-130.726
15. Zwischensumme aus Z 7 bis 14 (Finanzerfolg)		57.675.561,96		-46.532
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		19.901.984,94		-79.762
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-238.408,82		-4

	2003		2002	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
18. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		19.663.576,12		-79.766
19. Auflösung unverteuerter Rücklagen		35.490,65		155
20. Auflösung von Kapitalrücklagen		19.204.055,47		0
21. Auflösung von Gewinnrücklagen		61.096.877,76		0
Jahresgewinn/-verlust		100.000.000,00		-79.611
22. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		0,00		340.708
23. Bilanzgewinn		100.000.000,00		261.097

Entwicklung der unverteuerten Rücklagen

	Stand 1. 1. 2003 EUR	Auflösung EUR	Stand 31. 12. 2003 EUR
Investitionsfreibetrag gemäß § 10 EStG			
1999	35.490,65	35.490,65	0,00
2000	62,14	0,00	62,14
	35.552,79	35.490,65	62,14

Anhang

A. Grundsätzliche Ausführungen

Die Gesellschaft befindet sich im alleinigen Eigentum der Republik Österreich.

Die Gesellschaft wurde durch das ÖIG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967, geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 439/1984, errichtet. In weiterer Folge kam es zu mehreren, die Rechtsgrundlage der Gesellschaft betreffende Gesetzesänderungen.

Mit dem Bundesgesetz über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft und der Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (ÖIAG-Gesetz 2000), BGBl. I Nr. 24/2000, wurde die Gesellschaft auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt.

Der Jahresabschluss basiert auf dem im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2003 geänderten ÖIAG-Gesetz 2000.

Die wesentlichen Aufgaben der Gesellschaft sind gemäß § 1 Abs. 2 ÖIAG-Gesetz 2000 die Abgabe von Anteilen (Privatisierungsmanagement), das Halten, die Verwaltung und die Ausübung von Anteilsrechten (Beteiligungsmanagement) an Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist oder die ihr künftig durch Bundesgesetz oder Rechtsgeschäft übertragen werden (Beteiligungsgesellschaften), sowie der Erwerb von Anteilsrechten gemäß § 9 Abs. 2 und 3 ÖIAG-Gesetz 2000.

Durch das ÖIAG-Gesetz 2000 wurde dem Bund ein obligatorischer Genussrechtsanspruch auf 80 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften eingeräumt, der mit der Höhe der Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden, begrenzt ist. 20 % der Gewinne dienen zur Tilgung des in der Bilanz der ÖIAG ausgewiesenen nachrangigen Gesellschafterdarlehens. Nach Tilgung des Gesellschafterdarlehens erhöht sich der Anspruch des Bundes auf 100 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften.

Die bestehenden Haftungen des Bundes für Verbindlichkeiten der ÖIAG und der Post und Telekombeteiligungsgesellschaft werden bis zur Tilgung dieser Verbindlichkeiten aufrechterhalten.

Auf der Grundlage des Privatisierungsauftrags hat die ÖIAG in 2003 die Postbus AG veräußert, ihre Beteiligung an der VA Technologie AG von 24 % auf 15 % und jene an der voestalpine AG von 34,7 % auf 15 % verringert sowie alle ihre Anteilsrechte an der BÖHLER-UDDEHOLM AG abgegeben. Durch die Begebung von zwei Umtauschanleihen – Exchangeable Notes auf 25 Mio Stück Stückaktien der Telekom Austria AG und auf 5,94 Mio Stück Stückaktien der voestalpine AG –, die auf Wunsch der Inhaber bis Juni bzw. August 2006 in Aktien gewandelt werden dürfen, sind in 2003 bereits zwei weitere wesentliche Privatisierungsschritte vorbereitet worden.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung und Bewertung sind unter Anwendung des Vorsichts- und des imparitätischen Realisationsprinzips erfolgt. Die Gliederung entspricht den gesetzlichen Vorschriften, bisherige Bilanzierungsgrundsätze wurden beibehalten.

Aufgrund einer möglichen, per Ende 2006 bevorstehenden Schließung der ÖIAG wurden für den Bereich Personal – basierend auf versicherungsmathematischen Berechnungen – entsprechend dem Prinzip der kaufmännischen Vorsicht Rückstellungen in einem Ausmaß gebildet, das dem Schließungsszenario Rechnung trägt. Insoweit wurde von der Bewertung nach dem Going-Concern-Prinzip abgegangen.

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bewertet und nach der linearen Methode

planmäßig abgeschrieben. Die Abschreibungssätze betragen 25–33,3 %.

Die Bewertung der **Sachanlagen** erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen, die grundsätzlich nach der linearen Methode ermittelt werden. Außerplanmäßige Abschreibungen werden im Falle einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen.

Geringwertige Vermögensgegenstände (Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis EUR 400,-) werden im Zugangsjahr zur Gänze abgeschrieben und als Abgang gezeigt.

Der planmäßigen Abschreibung beim Sachanlagevermögen liegen folgende Abschreibungssätze zugrunde:

Betriebs- und Geschäftsausstattung	10–25 %
---	----------------

Anteile an Beteiligungen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bilanziert. Dauernden Wertminderungen wird durch den Ansatz von außerplanmäßigen Abschreibungen Rechnung getragen.

Die **Wertpapiere des Anlagevermögens** werden zu Anschaffungskosten bzw. bei Wertminderungen zum niedrigeren Wert am Abschlussstichtag ausgewiesen.

Die **sonstigen Ausleihungen** werden grundsätzlich mit Nennwerten bzw. mit den niedrigeren Barwerten am Bilanzstichtag bewertet.

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert aktiviert. Erkennbaren Risiken wird durch die Bildung entsprechender Wertberichtigungen Rechnung getragen. Unverzinsliche bzw. niedrig verzinsliche Forderungen werden abgezinst.

Rückstellungen/Verbindlichkeiten

Die **Rückstellungen für Abfertigungen** werden zum Bilanzstichtag mit dem sich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ergebenden Betrag angesetzt. Dabei wird das Teilwertverfahren mit einem Rechnungszinssatz von 3,5 % (Vorjahr: 6 % p.a.) angewendet. Die Höhe der **Rückstellungen für Pensionen** wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines 3,0 %-igen Rechnungszinssatzes (Vor-

jahr: Rechnungszinssatz 3,5 %) und der Teilwertmethode ermittelt. Als Rechnungsgrundlage dienen die Tabellen AVÖ 1999–P (Angestellte).

Die **sonstigen Rückstellungen** beinhalten die bis zum Bilanzstichtag erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Fremdwährungsbeträge werden nach dem Niederst- bzw. Höchstwertprinzip bewertet.

B. Erläuterung der Bilanz

a. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Die Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen betragen im folgenden Geschäftsjahr EUR 0,39 Mio. Der Gesamtbetrag der folgenden fünf Jahre beläuft sich auf EUR 1,63 Mio.

b. Finanzanlagen

Die Entwicklung der Finanzanlagen ist im Anlagenspiegel detailliert dargestellt.

Die Wertpapiere beinhalten Investmentfondsanteile zur Wertpapierdeckung für die Rückstellungen für Abfertigungen, Pensionen und Jubiläen, sowie für allfällige Nachschussverpflichtungen für an die APK-Pensionskasse übertragene Rückstellungen.

Das in den sonstigen Ausleihungen enthaltene Darlehen von EUR 0,01 Mio läuft in 2004 aus.

c. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Posten	Bilanzwert EUR Mio
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (im Vorjahr)	0,03 (0,03)
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (im Vorjahr)	0,05 (0,35)
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände (im Vorjahr)	178,45 (10,03)
Summe (Summe Vorjahr)	178,53 (10,41)

Restlaufzeit bis 2006	
Sonstige Forderungen	175,00
Wertpapiere	305,00
Summe Forderungen und Wertpapiere	480,00

d. Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden

Gemäß § 14 Abs. 4 des ÖIAG-Gesetzes 2000 erlischt die Refundierungsverpflichtung des Bundes in dem Ausmaß, in dem ihr nach Maßgabe des Zufließens von Privatisierungsgewinnen bei der ÖIAG entstandene Genussrechtsansprüche gemäß § 13 Abs. 2 aufrechenbar gegenüberstehen (§ 1348 ABGB). Im Jahr 2003 entstanden Genussrechtsansprüche des Bundes in Höhe von EUR 164,83 Mio. Die Rückforderungsansprüche sanken daher bis zum 31. Dezember 2003 auf EUR 1.813,04 Mio. In den Rückforderungsansprüchen ist eine Vorauszahlung von EUR 0,41 Mio enthalten, die dadurch entstand, dass die Tilgungen der Schulden mit Rückforderungsanspruch die Genussrechtsansprüche 2003 überstiegen haben. Die Vorauszahlung wird mit Genussrechtsansprüchen, die in 2004 entstehen, zu verrechnen sein.

e. Rechnungsabgrenzungsposten

Die ausgewiesenen Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem 31. Dezember 2003, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

f. Grundkapital und Rücklagen

Das Grundkapital von EUR 363.365.000,- ist geteilt in Stück 5.000 Stückaktien. Im Gefolge der 33. ordentlichen Hauptversammlung vom 10. Juli 2003 wurden vom Bilanzgewinn 2002 EUR 200,00 Mio an den Bund ausgeschüttet und EUR 61,10 Mio in die Gewinnrücklagen eingestellt. Zum 31. Dezember 2003 wurden von den Gewinn- und Kapitalrücklagen EUR 80,30 Mio aufgelöst, sodass ein ausschüttungsfähiger Bilanzgewinn von EUR 100 Mio ausgewiesen wird.

g. Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten vor allem eine Vorsorge für den Entschädigungsfonds (EUR 33,34 Mio), Vorsorgen für nicht verbrauchte Urlaube, Jubiläumsgelder und sonstige Personalaufwendungen (EUR 39,88 Mio) sowie Vorsorgen für Beteiligungen in Höhe von EUR 39,00 Mio.

h. Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich refundiert werden

Diese Verbindlichkeiten beliefen sich zum Bilanzstichtag auf EUR 1.812,64 Mio.

i. Verbindlichkeiten

Posten	Mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR Mio	Mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR Mio	Bilanzwert EUR Mio
Gesellschafterdarlehen (im Vorjahr)	26,27 (67,62)	0,0 (0,0)	26,27 (67,62)
Anleihen (im Vorjahr)	0,00 (0,00)	570,20 (0,00)	570,20 (0,00)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (im Vorjahr)	90,39 (345,47)	163,87 (266,19)	254,26 (611,66)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (im Vorjahr)	1,94 (2,90)	0,0 (0,0)	1,94 (2,90)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (im Vorjahr)	19,40 (29,57)	0,0 (0,0)	19,40 (29,57)
Sonstige Verbindlichkeiten (im Vorjahr)	11,14 (18,23)	0,0 (0,0)	11,14 (18,23)
Summe (Summe Vorjahr)	149,14 (463,79)	734,07 (266,19)	883,21 (729,98)

Der § 13 Abs. 1 des ÖIAG-Gesetzes 2000 sieht vor, dass 20 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften zur Tilgung des nachrangigen Gesellschafterdarlehens zu verwenden sind. Die Restlaufzeit des Gesellschafterdarlehens ist daher von der Erzielung von Gewinnen aus Privatisierungen abhängig.

Bei den Anleihen handelt es sich um Umtauschanleihen auf Aktien der Telekom Austria AG (EUR 325,00 Mio bzw. Stück 25 Mio Stückaktien) und der voest Alpine AG (EUR 245,20 Mio bzw. Stück 5,94 Mio Stückaktien), die spätestens 2006 fällig sind.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind EUR 14,91 Mio nach dem 31. Dezember 2008 fällig. Den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – sie gingen im Rahmen des ÖIAG-Gesetzes 2000 durch Verschmelzung auf die ÖIAG über – von EUR 254,26 Mio stehen Wertpapiere und Guthaben bei Kreditinstituten von zusammen EUR 744,89 Mio gegenüber,

die entsprechend dem ÖIAG-Gesetz zur Tilgung heranzuziehen sind, aus denen aber auch die Zinszahlungen 2004 für die Verbindlichkeiten mit Refundierungsverpflichtung des Bundes und die Tilgung der in 2006 fälligen Umtauschanleihen – soweit nicht eine Abstattung in Form von Aktien erfolgt – zu leisten sind.

C. Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

a. Umsatzerlöse

	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Umlagen	0,07	0,07
Sonstige	0,24	0,11
Umsatzerlöse Inland	0,31	0,18

b. Sonstige betriebliche Erträge

	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	0,03	13,08
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,37	0,27
Übrige	2,57	2,59
	2,97	15,94

Die übrigen betrieblichen Erträge beinhalten Mietenerträge, Kostenvergütungen und dergleichen.

c. Personalaufwand

	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Gehälter	5,45	4,98
Aufwendungen für Abfertigungen	0,60	0,35
Aufwendungen für Altersversorgung	6,86	19,97
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	0,92	0,87
Sonstige Sozialaufwendungen	0,12	0,11
	13,95	26,28

d. Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fallen	0,04	0,02
Übrige	26,54	22,41
	26,58	22,43

In den übrigen betrieblichen Aufwendungen sind neben Aufwendungen für die Privatisierung von Beteiligungsgesellschaften unter anderem Betriebs- und Verwaltungskosten für Liegenschaften, Mieten, Honorare und Wertberichtigungen enthalten.

e. Beteiligungsergebnis

	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Dividendenerträge	95,47	98,59
Aufwendungen aus Beteiligungen	-10,09	-34,58
	85,38	64,01

f. Zinsenergebnis

	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17,45	27,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-117,37	-130,73
	-99,92	-103,73

g. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens

Die Erträge von EUR 218,31 Mio stammen im Wesentlichen aus der Privatisierung von Beteiligungen.

h. Kursgewinne/Kursverluste aus dem Finanzbereich

Durch die günstige Kursentwicklung bei den Verbindlichkeiten in Schweizer Franken ergab sich im Geschäftsjahr 2003 ein Kursgewinn in Höhe von EUR 17,65 Mio. Die ÖIAG hat die günstigen Kursverhältnisse für Sicherungsgeschäfte genutzt, sodass auch in den Folgejahren keine weiteren Kursverluste aus dem Bereich der Schweizer Franken entstehen können.

i. Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn beträgt EUR 100,00 Mio. Der Bilanzgewinn unterliegt den allgemeinen aktienrechtlichen Bestimmungen über die Gewinnverteilung. Nach dem ÖIAG-Gesetz hat der Vorstand in den Vorschlag über die Gewinnverteilung eine Vorschaurechnung aufzunehmen, in welchem Ausmaß Privatisierungserlöse für das laufende und das folgende Geschäftsjahr für Zinsenzahlungen auf Grundlage einer vorsichtigen Finanzplanung benötigt werden.

D. Organe, Arbeitnehmer

a. Im Jahr 2003 waren im Jahresdurchschnitt in der ÖIAG 48 (Vorjahr: 50) Dienstnehmer beschäftigt.

Die ÖIAG hat mit 31. Dezember 2003 an zwei aufeinander folgenden Bilanzstichtagen zwei Größenmerkmale des § 221 Abs. 1 HGB – Umsatz und Arbeitnehmer – im Jahresdurchschnitt nicht mehr überschritten; die Rechtsfolgen der Größenmerkmale – kleine Aktiengesellschaft – treten ab dem Geschäftsjahr 2004 ein.

b. Pensionen und Abfertigungen

Aufwand für Abfertigungen	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Vorstand und leitende Angestellte	0,19	0,19
Sonstige Arbeitnehmer	0,41	0,15
Summe	0,60	0,34

Aufwand für Pensionen	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Vorstand und leitende Angestellte	0,64	0,56
Sonstige Arbeitnehmer	6,22	19,41
Summe	6,86	19,97

Der Aufwand der Pensionen für Sonstige Arbeitnehmer resultiert aus Nachschussverpflichtungen für Pensionen, die zur Gestionierung an die APK Pensionskasse AG übertragen worden sind; die zum 31. Dezember 2003 passivierten Nachschussverpflichtungen ergaben sich aus dem nach längerem wieder positiven Veranlagungserfolg der betreffenden Veranlagungs- und Risikogemeinschaft, der aber auch in 2003 die laufenden Pensionszahlungen nicht voll deckte, und den versicherungsmathematisch errechneten Erfordernissen. Die Pensionsverpflichtungen (Leistungsempfänger am 31. Dezember 2003: 392 Personen) stammen vor allem aus früheren Verschmelzungen von Firmen (Vereinigte Edelmetallwerke AG/Austrian Industries AG) auf die ÖIAG.

c. Die Bezüge des Aufsichtsrats beliefen sich auf EUR 0,14 Mio.

d. Vorstand

Dr. Peter MICHAELIS
Dipl.-Ing. Rainer WIELTSCH

e. Aufsichtsratsmitglieder

Dipl.-Bwt. Alfred H. HEINZEL
Vorsitzender
Geschäftsführer der Heinzel Holding GmbH

Prof. Dipl.-Ing. Jürgen HUBBERT
Erster stellvertretender Vorsitzender
Mitglied des Vorstands der Daimler Chrysler AG,
Geschäftsfeld Mercedes-Benz PKW und Smart

Prof. DDr. Hellwig TORGLER
Zweiter stellvertretender Vorsitzender
Rechtsanwalt, Schönherr Rechtsanwälte
(bis 5. September 2003)

Dr. Veit SORGER
Zweiter stellvertretender Vorsitzender
(seit 18. September 2003)
Vorsitzender des Vorstands der Frantschach AG

Dr. Paul ACHLEITNER
Mitglied des Vorstands der Allianz AG

Dr. Karl BÜCHE
Vorsitzender des Vorstands der BRAU UNION AG

Univ.-Prof. Dr. Michael ENZINGER
Rechtsanwalt
(seit 5. September 2003)

Dr. Astrid GILHOFER
Geschäftsführende Gesellschafterin der CI Consult und
Immobilientreuhand GmbH

Dr. Alexander RIKLIN
Gesellschafter und Geschäftsführer der Alcar Holding GmbH
(seit 11. November 2003)

Veit SCHALLE
Vorsitzender des Vorstands der REWE Austria AG
(bis 6. November 2003)

Dr. Erich WIESNER
Geschäftsführer der Wiesner-Hager Baugruppe GmbH

KR Ing. Siegfried WOLF
Executive Vice Chairman der Magna International Europe AG

Ing. Leopold ABRAHAM
Vorsitzender des Zentralbetriebsrats der OMV AG

Anton BENEDER
Vorsitzender der Konzernvertretung der
VA TECH ELIN EBG GmbH

Gerhard FRITZ
Vorsitzender des Zentralausschusses
der Österreichische Post AG

Erich HUHDORF
Vorsitzender des Zentralausschusses der Telekom Austria AG
(bis 30. November 2003)

Michael KOLEK
Vorsitzender des Zentralausschusses der Telekom Austria AG
(seit 5. Dezember 2003)

Helmut OBERCHRISTL
Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrats
der voestalpine Stahl GmbH

E. Beteiligungsspiegel

Firma	Sitz	Angaben für Eigenkapital bzw. Ergebnis	Eigenkapital	Anteil am Kapital	Jahresüber- schuss (Fehlbetrag)
			EUR Mio	%	EUR Mio
APK Pensionskasse AG	Wien	2002	13,78	27,6	0,01
Austrian Airlines Österreichische Luftverkehrs AG	Wien	2003	257,75	39,7	-118,88
IMIB AG	Linz	2002	0,97	100,0	-18,16
ÖIAG-Bergbauholding AG	Wien	2003	13,59	100,0	2,62
Österreichische Post AG	Wien	2003	675,47	100,0	32,42
OMV AG	Wien	2003	2.315,30	35,0	481,77
SCHOELLER-BLECKMANN GmbH	Ternitz	2003	3,71	99,0	0,02
Telekom Austria AG	Wien	2003	2.388,21	47,2	306,61
VOEST-ALPINE TECHNOLOGIE AG	Linz	2003	445,51	15,0	45,13
VOESTALPINE AG	Linz	2002/2003	1.110,57	15,0	80,32
VOEST-ALPINE Steinel GmbH	Linz	2003	0,36	100,0	0,24

Die Angaben zum Eigenkapital und zum Jahresüberschuss (Fehlbetrag) betreffen die Einzelabschlüsse der genannten Gesellschaften.

Durch das Bundesgesetz vom 26. April 2000, das am 17. Mai 2000 in Kraft getreten ist (ÖIAG-Gesetz 2000), wird die Bildung eines Konzernverhältnisses zwischen der ÖIAG und ihren Beteiligungsgesellschaften ausdrücklich ausgeschlossen.

Die ÖIAG hat darauf hinzuwirken, dass bei von ihr unmittelbar mehrheitlich gehaltenen Beteiligungen die zur Herstellung möglichst günstiger Voraussetzungen für die Privatisierung erforderlichen Maßnahmen gesetzt werden. Nur zur Erreichung dieser Ziele kann die ÖIAG Weisungen erteilen und Richtlinien erlassen.

Wien, am 7. Mai 2004

Der Vorstand

Dr. Peter Michaelis e. h.

Dipl.-Ing. Rainer Wieltch e. h.

Bestätigungsbericht

Wir haben den nach den in Österreich geltenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003 der Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft, Wien, unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Aufstellung und Inhalt dieses Jahresabschlusses liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und berufsüblichen Grundsätze durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen ist. Die Prüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für Beträge und sonstige Angaben im Jahresabschluss ein. Sie umfasst ferner die Beurteilung der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil abgibt. Aufgrund des Ergebnisses der von uns durchgeführten Prüfung erteilen wir folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.“

Wien, am 7. Mai 2004

 ERNST & YOUNG

Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft m.b.H.

Dr. Alfred Brogyányi e. h.
Wirtschaftsprüfer

Mag. Gerhard Schwartz e. h.
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung über das Geschäftsjahr 2003

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2003 in Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben neun Plenarsitzungen und fünf Ausschusssitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Tätigkeit des Aufsichtsrats waren die Beratungen und Beschlüsse im Zusammenhang mit dem neuerlichen Privatisierungsauftrag der Bundesregierung und den gemäß diesem Auftrag erfolgten Privatisierungen; wichtige Privatisierungsvorgänge in diesem Geschäftsjahr waren die Abgabe von Anteilen an der voestalpine AG und an der VA Technologie AG sowie die vollständige Privatisierung der BÖHLER-UDDEHOLM AG. Weitere bedeutende Beschlüsse waren die Genehmigung der in Österreich erstmals begebenen Umtauschanleihen auf Aktien der Telekom Austria AG und der voestalpine AG. Außerdem wurde das Unternehmenskonzept der ÖIAG 2003–2006 verabschiedet.

Wie schon in den vergangenen Geschäftsjahren wurde dem Aufsichtsrat auch im Geschäftsjahr 2003 von den Vorstandsmitgliedern der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften, insbesondere der börsennotierten Beteiligungsgesellschaften, über die Situation der jeweiligen Gesellschaft berichtet.

Der Vorstand der ÖIAG hat dem Aufsichtsrat schriftlich und mündlich über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft, der Beteiligungsgesellschaften und der gesamten ÖIAG-Gruppe berichtet und in jenen Geschäftsfällen, in denen dies nach den Bestimmungen der Satzung oder der Geschäftsordnung erforderlich war, die Zustimmung des Aufsichtsrats eingeholt.

Im vergangenen Geschäftsjahr sind zwei Aufsichtsratsmitglieder zurückgetreten; gemäß § 4 ÖIAG-Gesetz 2000 hat der Aufsichtsrat zwei neue Mitglieder bestellt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden durch die Europa Treuhand Ernst & Young, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H., nunmehr Ernst & Young, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m. b. H., geprüft.

Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss 2003, der damit gemäß § 125 Abs. 2 Aktiengesetz festgestellt ist; der Aufsichtsrat schließt sich auch dem Vorschlag des Vorstands an, den Bilanzgewinn von EUR 100.000.000,- zur Gänze als Dividende auszuschütten.

Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung gemäß § 270 Abs. 1 HGB vor, für die Prüfung des Jahresabschlusses 2004 die Ernst & Young, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H., zum Abschlussprüfer zu bestellen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft für ihre im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit.

Wien, am 18. Juni 2004

Alfred H. Heinzel e. h.
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Privatisierung &

gsauftrag

ÖIAG-Gesetz

gsauftrag

ÖIAG-Gesetz

Der aktuelle Privatisierungsauftrag

Privatisierungsauftrag der Österreichischen Bundesregierung gemäß § 7 Abs. 1 ÖIAG-Gesetz 2000

Entsprechend dem Beschluss des Ministerrats vom 1. April 2003 wird dem Vorstand der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft folgender Privatisierungsauftrag erteilt:

Die Privatisierungen sollen zu einer möglichst hohen Wertsteigerung der Unternehmen führen und einen möglichst hohen Erlös für den Eigentümer erbringen. Zusätzlich sind die österreichischen Interessen wie folgt zu wahren:

- Schaffung bzw. Erhaltung sicherer Arbeitsplätze in Österreich.
- Nach Möglichkeit Aufrechterhaltung der Entscheidungszentralen der zu privatisierenden Unternehmen in Österreich.
- Erhaltung und Ausbau der bestehenden Forschungs- und Entwicklungskapazitäten durch Schaffung österreichischer Kernaktionsstrukturen durch Syndikate mit industriellen Partnern, Banken, Versicherungen, Pensionskassen, Vorsorgekassen, Fonds etc.
- Berücksichtigung des österreichischen Kapitalmarkts.

Für nachstehende Unternehmen oder Anteile an Unternehmen wird eine 100 %-ige Privatisierung angestrebt:

- BÖHLER-UDDEHOLM AG
- VA Technologie AG
- voestalpine AG
- ÖIAG-Bergbauholding AG

Für die Telekom Austria AG ist die Privatisierung bis zu 100 % anzustreben. Für die Österreichische Post AG wird ein strategischer Partner gesucht und damit ein erster Privatisierungsschritt unter der Voraussetzung der flächendeckenden Erhaltung der Servicequalität und Verbesserung der Unternehmensstruktur im Interesse der Steuerzahler und Konsumenten vorgenommen.

Für die Österreichische Postbus AG ist nach Abgabe von 100 % der Aktien an die ÖBB nach Durchführung des gesetzlich möglichen kartellgerichtlichen Prüfungsverfahrens und Erfüllung allfälliger kartellgerichtlicher Auflagen die Übertragung eines maßgeblichen Teils der Österreichischen Postbus AG an private Wettbewerber sicherzustellen.

Die Erstellung konkreter Privatisierungskonzepte der ÖIAG für jede einzelne Beteiligung hat in enger Abstimmung mit dem Bundesminister für Finanzen zu erfolgen.

Erteilt im Rahmen der a.o. Hauptversammlung der ÖIAG am 9. Mai 2003.

Konkretisierung des Privatisierungsauftrags der Bundesregierung hinsichtlich der voestalpine AG an die Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) vom 1. April 2003

In der Sitzung des Ministerrats am 1. April 2003 wurde der Bericht des Bundesministers für Finanzen betreffend den Privatisierungsauftrag der Bundesregierung an die ÖIAG beschlossen.

Die gemäß dem Privatisierungsauftrag der Bundesregierung von der ÖIAG durchzuführenden Privatisierungen sollen zu einer möglichst hohen Wertsteigerung der Unternehmen führen und einen möglichst hohen Erlös für den Eigentümer erbringen. Zusätzlich sind die österreichischen Interessen wie folgt zu wahren:

- Schaffung bzw. Erhaltung sicherer Arbeitsplätze in Österreich.
- Nach Möglichkeit Aufrechterhaltung der Entscheidungszentralen der zu privatisierenden Unternehmen in Österreich durch Schaffung österreichischer Kernaktionärsstrukturen durch Syndikate mit industriellen Partnern, Banken, Versicherungen, Pensionskassen, Vorsorgekassen, Fonds etc.
- Erhaltung und Ausbau der bestehenden Forschungs- und Entwicklungskapazitäten.
- Berücksichtigung des österreichischen Kapitalmarkts.

Der erteilte Privatisierungsauftrag sieht unter anderem vor, dass für die voestalpine AG eine 100 %-ige Privatisierung angestrebt wird.

In Konkretisierung des erteilten Privatisierungsauftrags soll nunmehr die ÖIAG beauftragt werden, die zwei Optionen der Privatisierung der voestalpine AG über die Börse und der Privatisierung der voestalpine AG im Wege von Finanzinvestoren zu prüfen.

Ziel ist,

1. dass das Unternehmen eine österreichische Kernaktionärsstruktur behält,
2. die Wahrung der Einheit des Unternehmens,
3. Erhaltung und Ausbau der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten,
4. die Aufrechterhaltung der Entscheidungszentrale in Österreich.

Erteilt im Rahmen der a.o. Hauptversammlung der ÖIAG am 4. Juli 2003.

Das ÖIAG-Gesetz 2000

Bundesgesetz vom 26. April 2000 über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft und der Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (ÖIAG-Gesetz 2000)

BGBI. I Nr. 24/2000

in der Fassung des Bundesgesetzes BGBI. I Nr. 71/2003

Artikel I

Organisation/Satzung/Aufgaben der ÖIAG

Firma, Gegenstand, Grundkapital

§ 1

(1) Die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft (ÖIAG) hat ihren Sitz in Wien.

(2) Wesentliche Aufgaben der Gesellschaft sind

- a) die Abgabe von Anteilen (Privatisierungsmanagement),
- b) das Halten, die Verwaltung und die Ausübung von Anteilsrechten (Beteiligungsmanagement) an Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist oder die ihr künftig durch Bundesgesetz oder Rechtsgeschäft übertragen werden (Beteiligungsgesellschaften), sowie
- c) der Erwerb von Anteilsrechten gemäß § 9 Abs. 3 und 4.

Die genannten Aufgaben sind jedenfalls in die Satzung der Gesellschaft aufzunehmen.

Das Grundkapital beträgt EUR 363.365.000,- und ist geteilt in 5.000 Stück Stückaktien.

Hauptversammlung

§ 2

Die Eigentümerrechte des Bundes in der Hauptversammlung werden durch den Bundesminister für Finanzen ausgeübt.

Aufsichtsrat

§ 3

(1) Der Aufsichtsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern.

(2) Der Aufsichtsrat hat Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat zu beschließen.

(3) Der Aufsichtsrat hat einen Bilanzausschuss und einen Privatisierungsausschuss einzurichten. Über die Einrichtung von weiteren Ausschüssen entscheidet der Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit. Den Ausschüssen haben zumindest drei Mitglieder des Aufsichtsrates anzugehören; dies gilt nicht für Ausschüsse, welche die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und den Mitgliedern des Vorstandes behandeln.

Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder

§ 4

(1) Zehn Mitglieder des Aufsichtsrates sollen für ihre Leistungen allgemein anerkannte Unternehmer aus der Wirtschaft, Geschäftsführungsmitglieder von Gesellschaften des Handelsrechts oder Persönlichkeiten mit langjähriger Erfahrung im Wirtschaftsleben sein. Die Bestellung und Abberufung erfolgt im Wege der Beschlussfassung durch den Kreis dieser Aufsichtsratsmitglieder.

(2) Die Bestellung durch den Aufsichtsrat bedarf einer Mehrheit dieser Aufsichtsratsmitglieder; im Fall der Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung jene des stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Die vorzeitige Abberufung durch den Aufsichtsrat bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln dieser Mitglieder; ein Mitglied, das vorzeitig abberufen werden soll, ist bei dieser Beschlussfassung vom Stimmrecht ausgeschlossen. Eine Wiederbestellung von Aufsichtsratsmitgliedern im Sinne des § 4 Abs. 1 ist nicht möglich; dies gilt nicht für Personen, die für ein vorzeitig ausgeschiedenes Mitglied als Ersatz gewählt worden sind. § 87 Abs. 3 AktG bleibt mit der Maßgabe unberührt, dass für den Widerruf

der Bestellung zum Aufsichtsratsmitglied ein wichtiger Grund vorliegen muss; die Satzung der ÖIAG kann dazu eine nähere Regelung treffen. Der Widerruf ist wirksam, solange nicht über seine Unwirksamkeit rechtskräftig entschieden ist.

- (3) Die Bestellung jedes Aufsichtsratsmitgliedes im Sinne des § 4 Abs. 1 erfolgt bis zum Ablauf jener Hauptversammlung, die über die Entlastung für das siebente volle Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt, wobei das Jahr der Wahl nicht eingerechnet wird. Soweit kein vorzeitiges Ausscheiden stattfindet, scheidet jedes zweite Jahr jeweils zwei Aufsichtsratsmitglieder bzw. im sechsten und im achten Jahr jeweils drei Aufsichtsratsmitglieder aus. Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Mitglieds ist eine Ersatzwahl für die restliche Funktionsperiode unverzüglich vorzunehmen.

Interessenvertreter der Arbeitnehmer

§ 5

- (1) Fünf Mitglieder des Aufsichtsrates werden von der Bundesarbeitskammer nominiert und von der Hauptversammlung bestellt. Die Nominierten müssen Mitglied des Betriebsrates oder der Personalvertretung in einem Unternehmen sein, an dem die ÖIAG direkt oder indirekt beteiligt ist.
- (2) Die Wahl der gemäß § 5 Abs. 1 gewählten Mitglieder des Aufsichtsrates erfolgt bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über das vierte Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt; hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem das Aufsichtsratsmitglied gewählt wird, nicht mitgerechnet. Die Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Werden Aufsichtsratsausschüsse gebildet, haben die gemäß § 5 Abs. 1 gewählten Mitglieder das Recht, für je zwei sonstige Aufsichtsratsmitglieder ein von der Bundesarbeitskammer vorgeschlagenes Aufsichtsratsmitglied namhaft zu machen; dies gilt nicht für Ausschüsse, die die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und den Mitgliedern des Vorstandes behandeln. Wird kein Vertreter namhaft gemacht, wird hierdurch die Beschlussfähigkeit des Ausschusses nicht berührt.

Bestellung des Aufsichtsrates nach Inkrafttreten

§ 6

Mit Ablauf jener Hauptversammlung, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes stattfindet, scheidet alle bisherigen Mitglieder des Aufsichtsrates aus ihrer Funktion. In dieser Hauptversammlung ist der gesamte Aufsichtsrat neu zu wählen. Die Aufsichtsratsmitglieder im Sinne des § 4 sind über Vorschlag der Bundesregierung zu wählen.

Bei der Wahl ist ausdrücklich festzuhalten, welche Mitglieder auf die Gruppe nach § 4 entfallen und welche Mitglieder auf Vorschlag der Bundesarbeitskammer gemäß § 5 gewählt werden. Bei den Aufsichtsratsmitgliedern, die erstmals als Mitglieder nach § 4 gewählt werden, ist bei der Wahl die Reihenfolge ihres Ausscheidens festzulegen.

Privatisierungsmanagement

§ 7

- (1) In Erfüllung des jeweils für eine Legislaturperiode von der Bundesregierung beschlossenen Privatisierungsauftrages ist die ÖIAG mit der gänzlichen oder teilweisen Privatisierung jener Unternehmen betraut, deren Anteile ihr übertragen sind oder ihr künftig durch Bundesgesetz oder Rechtsgeschäft zur Privatisierung übertragen werden.
- (2) Die ÖIAG kann durch Bundesgesetz oder Rechtsgeschäft mit der Beratung und Durchführung der Privatisierung sonstiger im öffentlichen Eigentum stehender Unternehmen und Anteile betraut werden. Die ÖIAG kann in diesem Fall gemäß § 8 Abs. 1 bis 3 vorgehen.
- (3) Die ÖIAG entscheidet nach dem pflichtgemäßen Ermessen ihrer Organe, wann und in welchem Umfang Privatisierungen erfolgen. Dabei sind die Interessen der jeweiligen Beteiligungsgesellschaft, der ÖIAG sowie die Interessen des Bundes insbesondere im Hinblick auf die Bedienung der Schulden der ÖIAG angemessen zu berücksichtigen.
- (4) Die Privatisierungen sollen zu einer möglichst hohen Wertsteigerung der Unternehmen führen und dadurch auch langfristig sichere Arbeitsplätze in Österreich schaffen bzw. erhalten, möglichst hohe Erlöse für den Eigentümer erbringen, die Entscheidungszentralen und die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der zu privatisierenden Unternehmen wenn möglich in Österreich halten und den österreichischen Kapitalmarkt berücksichtigen.

Privatisierungsverfahren

§ 8

- (1) Die ÖIAG hat darauf hinzuwirken, dass bei von ihr unmittelbar mehrheitlich gehaltenen Beteiligungen die zur Herstellung möglichst günstiger Voraussetzungen für die Privatisierung erforderlichen Maßnahmen gesetzt werden. Nur zur Erreichung dieser Ziele kann die ÖIAG Weisungen erteilen und Richtlinien erlassen. Im Übrigen gilt § 11 Abs. 2.

- (2) Die zu privatisierenden Gesellschaften und Unternehmen sowie Gesellschaften, an denen diese unmittelbar oder mittelbar mehrheitlich beteiligt sind, haben die ÖIAG aktiv und umfassend bei der Vorbereitung und Durchführung einer Privatisierung, insbesondere durch Erteilung von Informationen und Mitwirkung am Privatisierungskonzept zu unterstützen.
- (3) Jeder Bewerber ist vertraglich dazu zu verpflichten, Informationen, welche die zu privatisierende Beteiligungsgesellschaft betreffen und die ihm während des Privatisierungsprozesses offen gelegt werden, vertraulich zu behandeln und ausschließlich für die Teilnahme am Privatisierungsverfahren zu verwenden.
- (4) Der Vorstand der ÖIAG hat dem Aufsichtsrat der ÖIAG für die Unternehmen, deren Privatisierung beabsichtigt ist, ein mehrjähriges Privatisierungsprogramm zur Genehmigung vorzulegen. Auf Basis dieses Privatisierungsprogrammes sind jährlich im Rahmen der Berichtspflicht gemäß § 81 Aktiengesetz 1965 Privatisierungskonzepte vorzulegen und vom Aufsichtsrat zu beschließen.
- (5) Der Vorstand der ÖIAG hat der Hauptversammlung anlässlich der Vorlage des Jahresabschlusses über den Fortgang der Umsetzung des Privatisierungsprogrammes zu berichten. Der Bundesminister für Finanzen berichtet in der Folge der Bundesregierung.

Beteiligungsmanagement

§ 9

- (1) Im Rahmen des Beteiligungsmanagements hat die ÖIAG unter Berücksichtigung der öffentlichen Interessen an der Sicherung Österreichs als Wirtschafts- und Forschungsstandort sowie an der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen auf eine Werterhaltung und Wertsteigerung der Beteiligungsgesellschaften Bedacht zu nehmen.
- (2) Im Rahmen des Beteiligungsmanagements hat die ÖIAG an ihren Beteiligungsgesellschaften jenen Einfluss aufrechtzuerhalten, der es ihr ermöglicht, entweder
- aufgrund des Haltens einer Beteiligung von 25 % und 1 Aktie am stimmberechtigten Grundkapital, oder
 - aufgrund von Rechten oder Verträgen mit Dritten Hauptversammlungsbeschlüsse, die nach dem Aktiengesetz mindestens einer Dreiviertelmehrheit bedürfen, mitzubestimmen. Dabei ist auf das nach der Satzung höchstmögliche stimmberechtigte Grundkapital abzustellen, sodass Höchststimmrechte außer Ansatz bleiben.

- (3) Die ÖIAG ist berechtigt, zur Aufrechterhaltung ihres Einflusses und soweit dies zur Einhaltung bestehender Verträge erforderlich ist, an Kapitalerhöhungen teilzunehmen.
- (4) Der Erwerb von Anteilen an Beteiligungsgesellschaften ist insoweit zulässig, als dies aufgrund bestehender Verträge, zur Sicherstellung eines Mindestanteils gemäß § 9 Abs. 2 lit. a) im Rahmen von Umstrukturierungen oder im Rahmen des Portfoliomanagements geboten ist; der Erwerb von Anteilen an Beteiligungsgesellschaften, an denen die ÖIAG vor diesem Erwerb bereits mindestens 25 % und 1 Aktie hält, ist lediglich vorübergehend zulässig.
- (5) Die ÖIAG ist weiters berechtigt, alle Maßnahmen zu ergreifen, die die Beteiligungsgesellschaften und deren Geschäftsbetrieb fördern. Zu diesem Zweck kann die ÖIAG geeignete Kooperationspartner am Grundkapital der Beteiligungsgesellschaft durch Abgabe von Anteilen oder über Kapitalerhöhungen beteiligen.

Umstrukturierungen

§ 10

- (1) Die ÖIAG ist zur Durchführung von Umstrukturierungen durch Maßnahmen der Umgründung jeder Form im Rahmen des bestehenden Gesellschaftsrechtes berechtigt. Vermögensübertragungen erfolgen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge; dies gilt insbesondere für Einbringungen gemäß Artikel III Umgründungssteuergesetz. Die Gesamtrechtsnachfolge erstreckt sich auch auf alle gesetzlich oder durch Verwaltungsakt eingeräumten Bewilligungen.
- (2) Umgründungsmaßnahmen gemäß § 10 Abs. 1 sind von den bundesgesetzlich geregelten Abgaben befreit; diese Befreiung erstreckt sich auch auf durch die Vermögensübertragungen verwirklichte Anteilsvereinigungen im Sinne des § 1 Abs. 3 Grunderwerbsteuergesetz.
- (3) Nach Umgründungsmaßnahmen gemäß § 10 Abs. 1 sind die grundbücherlichen Rechte gemäß § 136 Grundbuchgesetz unter Vorlage eines Firmenbuchauszuges richtig zu stellen. Umgründungsmaßnahmen gemäß § 10 Abs. 1 lösen die Rechtsfolgen des § 12a Abs. 3 Mietrechtsgesetz nicht aus.
- (4) Soweit es nach § 10 Abs. 1 zu Vermögensübertragungen kommt, gelten diese nicht als steuerbare Umsätze im Sinne des Umsatzsteuergesetzes 1994.
- (5) Schuldübernahmen sind von den Gebühren gemäß § 33 Gebührengesetz 1957 befreit.

- (6) Schriften und Amtshandlungen, die mit Vorgängen gemäß § 10 Abs. 1 im Zusammenhang stehen, sind von Rechtsgeschäftsgebühren gemäß Gebührengesetz 1957 (und den Gebühren des Gerichtsgebührengesetzes – Anmerkung: Durch Euro-Gerichtsgebühren-Novelle, § 10 Abs. 1, BGBl. I Nr. 131/2001, materiell derogiert, siehe aber Auffangregelung in Art. 34 Budgetbegleitgesetz 2001 i.d.F. BGBl. I Nr. 144/2001) befreit.
- (7) § 4 Umgründungssteuergesetz gilt mit der Maßgabe, dass Verluste der übernehmenden und der übertragenden Gesellschaften jedenfalls abzugsfähig sind.
- (8) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 6 gelten auch für alle Beteiligungsgesellschaften, die zu 100 % direkt oder indirekt im Eigentum der ÖIAG stehen.

Allgemeines

§ 11

- (1) Auf die ÖIAG sind die Vorschriften des Aktiengesetzes anzuwenden, soweit sich aus diesem Gesetz nichts Anderes ergibt.
- (2) Die Bildung eines Konzernverhältnisses zwischen der ÖIAG und ihren Beteiligungsgesellschaften ist ausgeschlossen.
- (3) § 110 Arbeitsverfassungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung ist auf die ÖIAG nicht anzuwenden.
- (4) Die Bestimmungen über die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses (§§ 244 bis 267 Handelsgesetzbuch) sind auf die ÖIAG für Geschäftsjahre, die nach dem 31. 12. 1999 beginnen, nicht anzuwenden; insofern finden auch auf die Beteiligungsgesellschaften der ÖIAG in deren Verhältnissen zueinander die Bestimmungen des § 228 Abs. 3 Handelsgesetzbuch keine Anwendung.
- (5) Wird ein Vorstandsmitglied der ÖIAG in Aufsichtsräte von mehreren Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, an denen die Gesellschaft direkt oder indirekt eine Beteiligung hält, gewählt, so werden diese Sitze nur als ein Sitz gerechnet; dies gilt sinngemäß für die Position des Vorsitzenden oder Stellvertreters. Diese Bestimmung darf aber nicht dazu führen, dass ein Vorstandsmitglied der ÖIAG mehr als 20 Aufsichtsratssitze inne hat.
- (6) Vorgänge zwischen dem Bund und der ÖIAG sind von den bundesgesetzlich geregelten Abgaben befreit.

Artikel II

Verschmelzung ÖIAG/PTBG/PTA

§ 12

- (1) Die Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (PTBG) und die Post und Telekom Austria AG (PTA) (übertragende Gesellschaften) werden unter Ausschluss der Abwicklung durch Übertragung ihres Vermögens im Weg der Gesamtrechtsnachfolge auf die ÖIAG (übernehmende Gesellschaft) verschmolzen. Eine Gewährung von Aktien findet nicht statt, da der Bund an den übertragenden Gesellschaften und an der übernehmenden Gesellschaft im gleichen Verhältnis direkt oder indirekt beteiligt ist. Verschmelzungstichtag ist der 31. 12. 1999. Der Verschmelzung sind die Jahresabschlüsse der übertragenden und der übernehmenden Gesellschaften zum 31. 12. 1999 zugrunde zu legen. Der Verschmelzungsgewinn ist in eine gebundene Kapitalrücklage einzustellen.
- (2) Auf die Verschmelzung gemäß § 12 Abs. 1 finden die Bestimmungen des Neunten Teils (§§ 219 bis 234) des Aktiengesetzes 1965 keine Anwendung. Die Bestimmungen über die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses (§§ 244 bis 267 Handelsgesetzbuch) sind auf die PTA für das Geschäftsjahr, das zum 31. 12. 1999 endet, nicht mehr anzuwenden.
- (3) Die ÖIAG ist Gesamtrechtsnachfolgerin der PTBG und der PTA in allen mit den Anteilsrechten der PTBG an der PTA und den Anteilsrechten der PTA an der Telekom Austria AG und der Österreichische Post AG rechtlich und wirtschaftlich zusammenhängenden Vermögensrechten, Vereinbarungen und Verbindlichkeiten. Die Kollektivvertragsfähigkeit der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft als Arbeitgeber gemäß § 19 Abs. 3 erster Satz Poststrukturgesetz geht auf die ÖIAG über. Soweit Unternehmen die Kollektivvertragsfähigkeit nach § 19 Abs. 3 zweiter Satz Poststrukturgesetz erlangt haben, bleiben diese weiter kollektivvertragsfähig. Die Bestimmungen des II. Teiles des Post-Betriebsverfassungsgesetzes, BGBl. Nr. 326/1996, gelten für die Unternehmen gemäß § 3 Z 3 des Post-Betriebsverfassungsgesetzes, an denen die ÖIAG direkt oder indirekt eine Beteiligung von mehr als 25 % hält.
- (4) Die Verschmelzung ist nur bei der übernehmenden Gesellschaft durch den Vorstand unter Vorlage der Schlussbilanzen der übertragenden Gesellschaften unverzüglich nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes zur Eintragung im Firmenbuch anzumelden. Das Firmenbuch hat die Verschmelzung bei allen beteiligten Gesellschaften gleichzeitig einzutragen und die Veröffentlichung zu veranlassen. Mit der Eintragung der Verschmelzung im

Firmenbuch geht das Vermögen der übertragenden Gesellschaften einschließlich der Schulden auf die übernehmende Gesellschaft über. Die übertragenden Gesellschaften erlöschen; einer besonderen Löschung der übertragenden Gesellschaften bedarf es nicht.

- (5) Die Anteilsrechte an der Gebühreninkasso Service GmbH sind nach Eintragung der Verschmelzung gemäß § 12 Abs. 1 im Firmenbuch an die Österreichische Post AG zu übertragen.

Artikel III

Finanzierung/Privatisierungserlöse/Bundeshaftung

§ 13

- (1) Das in der Bilanz der ÖIAG zum 31. 12. 1999 mit einem Betrag von ATS 5.682.000.000,-¹ ausgewiesene nachrangige Gesellschafterdarlehen wird in Höhe von 20 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften der ÖIAG getilgt. Die Tilgungen sind drei Monate nach Zufließen des Privatisierungserlöses fällig. Die Verzinsung des Gesellschafterdarlehens entspricht dem jeweiligen Monatsdurchschnittswert des Eurogeldmarktsatzes für 3 Monate (Euribor) gemäß Tabelle 3.1.0 des Statistischen Monatsheftes der Oesterreichischen Nationalbank. Es kommt der Monatsdurchschnittswert jenes Monats, der dem Kalenderquartal, für das dieser Zinssatz gilt, unmittelbar vorangeht, als Zinssatz zur Anwendung. Die Verzinsung wird vierteljährlich jeweils zum 1. eines Kalenderquartals angepasst. Die Zinszahlungen erfolgen vierteljährlich jeweils zum Quartalsende im Nachhinein.
- (2) Im Zusammenhang mit Artikel II § 12 erhält der Bund weiters einen obligatorischen Genussrechtsanspruch auf 80 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften der ÖIAG eingeräumt. Dieser Genussrechtsanspruch ist mit der Höhe der Refundierungsansprüche der ÖIAG gemäß § 14 Abs. 2 begrenzt. Darüber hinaus gewährt das Genussrecht dem Bund keine Rechte. Nach Tilgung des nachrangigen Gesellschafterdarlehens gemäß § 13 Abs. 1 erhöht sich der Genussrechtsanspruch auf 100 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften.
- (3) Die Gewinne aus Privatisierungen im Sinne von § 13 Abs. 1 und 2 errechnen sich wie folgt: Vom jeweiligen Veräußerungserlös abzüglich dem jeweiligen Buchwert gemäß letztem Jahresabschluss sind alle mit der Vorbereitung und der Durchführung der

Veräußerung verbundenen Aufwendungen, sowie die allfälligen Steuern, Abgaben und Vorausleistungen der ÖIAG abzuziehen.

§ 14

- (1) Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bestehenden Haftungen des Bundes für Verbindlichkeiten der ÖIAG bleiben aufrecht.
- (2) Der Bund ist verpflichtet, der ÖIAG die Ausgaben für Zinsen und Tilgungen von Anleihen, Darlehen und Krediten, die die ÖIAG mit Bundeshaftung aufgenommen hat, und für die eine Refundierungsverpflichtung des Bundes besteht, so rechtzeitig zu ersetzen, dass die ÖIAG ihre diesbezüglichen Verpflichtungen termingerecht erfüllen kann. Dies gilt auch für Anleihen, Darlehen und Kredite, welche die ÖIAG im Wege der Umschuldung oder zum Zweck der Umschuldung mit Haftung des Bundes aufgenommen hat, sowie für Darlehen, welche die ÖIAG zum Zweck von Umschuldungen beim Bund, vertreten durch die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, aufgenommen hat oder aufnehmen wird und für die gleichfalls noch eine Refundierungsverpflichtung des Bundes vorliegt. Die Verbindlichkeiten der ÖIAG, für die der Bundesminister für Finanzen zu Refundierungen verpflichtet ist, und die entsprechenden Refundierungsbeträge sind im Jahresabschluss der ÖIAG als Verbindlichkeit bzw. Vermögensgegenstände gesondert auszuweisen.
- (3) Umschuldungsmaßnahmen für Tilgungsausgaben sind über Veranlassung des Bundesministers für Finanzen von der ÖIAG durchzuführen.
- (4) Die Refundierungsverpflichtung des Bundes gemäß § 14 Abs. 2 erlischt in dem Ausmaß, in dem ihr nach Maßgabe des Zufließens von Privatisierungsgewinnen bei der ÖIAG entstandene Genussrechtsansprüche gemäß § 13 Abs. 2 aufrechenbar gegenüberstehen (§ 1438 ABGB).
- (5) Die Refundierungsverpflichtung des Bundes gemäß § 14 Abs. 2 erlischt auch und insoweit, als nach vollständiger Tilgung jener Verbindlichkeiten, die durch die Verschmelzung gemäß Artikel II auf die ÖIAG übergehen, liquide Mittel der ÖIAG zur Verfügung stehen, die aus Privatisierungserlösen stammen und zur Tilgung von Verbindlichkeiten, für die der Bund zur Refundierung von Zinsen und Tilgungen verpflichtet ist, verwendet werden können. In diesem Fall sind in Höhe der erlöschenden Refundierungsansprüche auch gebundene Kapitalrücklagen aufzulösen. Falls nach den genannten Maßnahmen weitere liquide Mittel, die aus Privatisierungserlösen stammen, der ÖIAG zur Verfügung ste-

¹ Anmerkung: entspricht EUR 412.927.043,74

hen, sind sie für die Tilgung des nachrangigen Gesellschafterdarlehens gemäß § 13 Abs. 1 zu verwenden.

(6) Bei Aufstellung des Jahresabschlusses darf der Jahresüberschuss nicht in freie Gewinnrücklagen eingestellt werden. In den Vorschlag für die Gewinnverteilung hat der Vorstand eine Vorschaurechnung aufzunehmen, in welchem Ausmaß Privatisierungserlöse für das laufende und das folgende Geschäftsjahr für Zinszahlungen gemäß Abs. 2 auf Grundlage einer vorsichtigen Finanzplanung benötigt werden. Der Bilanzgewinn unterliegt den allgemeinen aktienrechtlichen Bestimmungen über die Gewinnverteilung. Der Vorstand kann bei Aufstellung des Jahresabschlusses gebundene Kapitalrücklagen auflösen, wenn die Vermögens- und Finanzlage der ÖIAG durch die Gewinnverteilung nicht nachhaltig beeinträchtigt wird. Nach Tilgung des nachrangigen Gesellschafterdarlehens gemäß § 13 Abs. 1 und Tilgung der Refundierungsansprüche gemäß § 14 Abs. 2 sowie jener Verbindlichkeiten, die durch die Verschmelzung gemäß Art. II auf die ÖIAG übergehen, sind bei der Ermittlung des Bilanzgewinnes gebundene Kapitalrücklagen in der Höhe der Buchwerte der veräußerten Beteiligungen aufzulösen. Die Bestimmungen dieses Absatzes sind erstmals auf den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2002 anzuwenden.

§ 15

Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bestehende Haftung des Bundes für Verbindlichkeiten der PTBG bleibt aufrecht. Für diese Verbindlichkeiten haftet der Bund als Bürge (§§ 1346, 1358 ABGB) unter Ausschluss der Haftung der Telekom Austria und Österreichische Post AG. Die ÖIAG hat die auf sie übergegangenen Schulden zu verwalten und zu tilgen.

§ 16

Die Refundierungsverpflichtung des Bundes für Zinsen verringert sich um die der ÖIAG vor Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes zugeflossenen, von der ÖIAG aber noch nicht bis zum Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes zur Entlastung des Bundes von Refundierungsverpflichtungen verwendeten Geldmittel, die aus der Privatisierung der Austria Tabak Aktiengesellschaft und aus Dividendenausschüttungen der Austrian Airlines Österreichische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft und der Flughafen Wien Aktiengesellschaft sowie aus der bestmöglichen Zwischenveranlagung dieser Privatisierungserlöse und Dividendeneinnahmen stammen. Von diesen Erlösen sind die der ÖIAG bis zum Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes entstandenen Aufwendungen aus der Verwaltung der Anteilsrechte an diesen Gesellschaften sowie die mit der Vorbereitung und mit der Durchführung der Privatisierung der Austria Tabak Aktiengesell-

schaft verbundenen Aufwendungen sowie allfällige Steuern und sonstige Abgaben abzuziehen.

Artikel IV

Abgaben

§ 17

Auf die Vorgänge gemäß Artikel II und III sind die Bestimmungen gemäß Artikel I, § 10 Abs. 2 bis 7 anzuwenden. Sofern in diesem Bundesgesetz nichts Abweichendes bestimmt ist, gelten die Vorschriften des Umgründungssteuergesetzes.

Artikel V

Übergangsvorschriften

§ 18

(1) Mit Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes werden aufgehoben:

1. Das Bundesgesetz über die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft und über eine Änderung des Arbeitsverfassungsgesetzes sowie des ÖIAG-Anleihegesetzes (ÖIAG-Gesetz), BGBl. Nr. 204/1986, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 298/1987, 421/1991, 973/1993, 426/1996, BGBl. I Nr. 97/1997 und BGBl. I Nr. 79/1998.
2. Das Bundesgesetz betreffend Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Österreichische Industrieverwaltung Aktiengesellschaft (ÖIAG-Anleihegesetz) BGBl. Nr. 295/1975, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 83/1979, 298/1981, 602/1981, 633/1982, 589/1983, 204/1986, 298/1987, 421/1991, 973/1993, 383/1996 und BGBl. I Nr. 79/1998
3. Das Bundesgesetz, mit dem finanzielle Beziehungen zwischen dem Bund und der Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft geregelt werden (ÖIAG Finanzierungsgesetz 1991), BGBl. Nr. 421/1991, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 973/1993, 426/1996, BGBl. I Nr. 97/1997 und 126/1998.
4. Das Bundesgesetz über die Übertragung von Kapitalbeteiligungen des Bundes an die ÖIAG und die Novelle zum ÖIAG-Gesetz, BGBl. Nr. 426/1996.

5. Das Bundesgesetz über die Übertragung des Dorotheums in das Eigentum der ÖIAG, BGBl. I Nr. 65/1998.

(2) Mit Eintragung der Verschmelzung¹ gemäß Artikel II werden aufgehoben:

Die §§ 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 11 a, 11 b, 12, 13, 13a, 14, § 15 Abs. 1 und Abs. 2, 1. und 2. Satz, § 16 mit Ausnahme von Abs. 4 1. Satz und § 24 des Poststrukturgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 742/1996 und 797/1996 sowie BGBl. I Nr. 97/1997, 138/1997, 79/1998, 6/1999, 31/1999 und 161/1999.

(3) Verweise auf das ÖIAG-Gesetz 1986 in der zuletzt geltenden Fassung in den anderen Gesetzen beziehen sich auf das ÖIAG-Gesetz 2000.

(4) Soweit in diesem Bundesgesetz auf andere Bundesgesetze verwiesen wird und nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, sind diese Bundesgesetze in ihrer jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

Vollziehung

§ 19

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind betraut:

- a) der Bundesminister für Justiz, soweit durch dieses Bundesgesetz Bestimmungen des Aktiengesetzes 1965, des Firmenbuchgesetzes und des Handelsgesetzbuches betroffen sind;
- b) der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit hinsichtlich des Artikel I §§ 5 und 11 Abs. 3;
- c) hinsichtlich der übrigen Bestimmungen der Bundesminister für Finanzen.

¹ Anmerkung: Die Eintragung erfolgte am 20. 5. 2000.

Kontakt

Österreichische Industrieholding AG

Dresdner Straße 87

A-1201 Wien

Telefon +43/1/711 14-0

Telefax +43/1/711 14-245

E-Mail oiag@oiag.at

www.oiag.at

Kommunikation

Mag. Anita Bauer

Telefon +43/1/711 14-240

Telefax +43/1/711 14-604

E-Mail anita.bauer@oiag.at

Impressum

Herausgeber:

ÖIAG Österreichische Industrieholding AG, Dresdner Straße 87, A-1201 Wien

Für den Inhalt verantwortlich:

Dr. Martin Piribauer

Gestaltungs- und Textkonzept:

Planetcom Werbeagentur GmbH

be.public Werbung Finanzkommunikation GmbH

Fotos:

Helene Waldner

Wir haben diesen Geschäftsbericht mit der größtmöglichen Sorgfalt erstellt und die Daten überprüft. Rundungs-, Satz- oder Druckfehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden.

